

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Visumsfreie Einreise in die EU ?

Europa: Die Europäische Union (EU) erwägt, die Visumpflicht für einige pazifische Staaten aufzuheben. Mit Ausnahme der bevölkerungsreichsten Staaten Fidschi und Papua-Neuguinea sollen demnächst Bürger folgender Staaten ohne ein Visum in die Europäische Union einreisen können: Kiribati, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Palau, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. Bürger dieser Pazifikstaaten dürften sich dann visumsfrei bis zu 90 Tage in EU-Ländern aufhalten. Ein Sprecher der EU erklärte, die Regelung gelte dann auch in umgekehrter Form, d.h. dass EU-Bürger ebenfalls ohne Visum in die betreffenden Pazifikstaaten reisen könnten.

Man arbeite derzeit an der Ausarbeitung der neuen Einreiseregungen, so der Sprecher. Von der visumsfreien Einreise verspricht sich die Europäische Union einen Tourismusaufschwung für den Pazifik. Aufgrund der Distanz und der allgemeinen politischen Situation im Pazifik sei es nahezu ausgeschlossen, dass Pazifikinsulaner nach Ablauf der 90 Tage illegal in der EU blieben, erklärte der EU-Sprecher. Von daher spräche eigentlich nichts gegen die Aufhebung der Visumpflicht.

Über die Aufhebung der Visumpflicht für die zum Schengen-Abkommen gehörenden Länder muss nun das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union entscheiden.

(<http://www.pacificislandtravel.com/airlines/visas.html>,

<http://www.pacifictradeinvest.com/wp/?p=4178>, Radio NZ. Intern. 08.11.12)

Erklärung zur Geschlechtergerechtigkeit verabschiedet

Cookinseln: Die vom „Pacific Islands Forum“ (PIF) Ende August bei ihrem jährlichen Gipfeltreffen auf Rarotonga (Cookinseln) verabschiedete Erklärung zur Geschlechtergerechtigkeit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist von der so genannten „Referenzgruppe zur Bekanntmachung sexueller Gewalt und Gewalt aufgrund des Geschlechts“ (Reference Group to address sexual and gender based violence) begrüßt worden. Die Regierungschefs der Forumsländer hatten sich zum Abschluss ihres Gipfeltreffens auf die „Pacific Leaders' Gender Equality Declaration“ geeinigt.

Die Referenzgruppe besteht aus einer Gruppe unabhängiger Expertinnen. Die Gruppe wurde vom Sekretariat des Forums ins Leben gerufen, um die PIF-Mitgliedsländer bei der Umsetzung der bereits 2009 vom Forum verabschiedeten Richtlinien in Bezug auf Gendergerechtigkeit und Gewalt zu beraten. Vorsitzende der Referenzgruppe ist die Indu-Fidschianerin Shamima Ali, die in der fidschianischen Hauptstadt Suva das „Fiji Women's Crisis Centre“ leitet. Weitere Mitglieder sind Frau Ethel Sigimanu, Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend und Familie der Salomonen; Frau Aminiasi Kefu, Generalstaatsanwältin aus Tonga; Frau Anne Kautu, Direktorin der Frauenabteilung im Innenministerium von Kiribati; Frau Fekitamaloa Utoikamanu, stellvertretende Direktorin des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft sowie Frau Melissa Alvarado von „UN Women Pacific“.

Die Referenzgruppe bezeichnete die beim Gipfeltreffen verabschiedete Erklärung als „Meilenstein“ und lobte die Verpflichtung der Forumsmitgliedsländer, alle Formen von sexueller und auf dem Geschlecht beruhender Gewalt und Diskriminierung abzu-

schaffen. Man freue sich besonders über die Erklärung, dass alle Menschen unabhängig vom Geschlecht den gleichen rechtlichen Schutz genießen und dass alle vor Gericht gleichberechtigt behandelt würden.

Frau Utoikamanu wies besonders darauf hin, dass Geschlechtergerechtigkeit sich auf alle Bereiche der Gesellschaft beziehen müsste, also auf Bildung, Gesundheit, Schutz und Beratung.

Die Referenzgruppe forderte gegenüber den Regierungsvertretern des Gipfeltreffens eine stärkere Einbindung von Frauen in Industrie und Wirtschaft sowie mehr Frauen in (politischen) Führungspositionen. Starke Frauen würden weniger leicht Opfer von Gewalt. (*Pacific Islands Forum Presseerklärung 06.09.12*)

Zu wenige Frauen im Parlament

Pazifik: Der kürzlich veröffentlichte Bericht „Gender Equality in elected office in Asia-Pacific: Six Actions to expand Women's Empowerment“ kommt zu dem Ergebnis, dass es weitere 50 Jahren dauern wird, bis das Geschlechterverhältnis in den Parlamenten der Pazifikstaaten ausgewogen ist. Der Bericht wurde vom Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen UNDP erstellt. In der Region Asien-Pazifik seien nur 18 % der Parlamentarier Frauen, dies sei die niedrigste Frauenquote weltweit. Der Durchschnitt liegt bei 21 % weiblicher Mitgliedschaft. Weniger als 10 % aller Minister in der Region seien Frauen.

Ohne die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik sei wirtschaftlicher Fortschritt nicht möglich, so der Bericht. Nur wenn Frauen und Männer gleiche Möglichkeiten hätten, politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, sei soziale Gerechtigkeit erreicht und Fortschritt möglich.

Der Bericht nennt sechs Handlungsoptionen, um die Situation von Frauen in der Politik zu verbessern:

- 1) Verfassungsreformen, in dem z.B. eine Frauenquote per Gesetz festgelegt wird
- 2) Neue Parteiengesetze und andere, gerechtere Wahlverfahren
- 3) Nur für Frauen reservierte Parlamentssitze und die Einführung einer Frauenquote in den Parlamenten und Kabinetten
- 4) Nominierung von Frauen als Kandidatinnen von Parteien
- 5) „Capacity Building“, z.B. durch Workshops für Frauen, Mentoren- und Rekrutierungsprogramme
- 6) Beachtung und Implementierung von „Gender“-Regeln in allen Prozessen und auf allen politischen Ebenen.

(<http://www.undp.org/content/undp/en/home/presscenter/pressreleases/2012/09/20/undp-offers-six-point-plan-to-fast-track-women-in-politics-in-asia-pacific/>)

Länder verabschieden Handlungsplan

Cookinseln: Die Mitgliedsländer des „Pacific Islands Forum“ haben Mitte Oktober 2012 den „Regional Action Plan on Women, Peace & Security“ verabschiedet.

Der Vorsitzende des Forums, der Premierminister der Cookinseln Henry Puna, stellte den Handlungsplan im Sekretariat des Forums in Suva der breiten Öffentlichkeit und den Medienvertretern vor. Der Handlungsplan sieht die Stärkung von Frauen in Friedensschaffenden Maßnahmen vor. Es sei wichtig, die Frieden stiftenden Initiativen von Frauen auf überregionaler Ebene bekannt zu machen und ihre Bestrebungen auch auf institutioneller Ebene zu verankern. Man werde dazu auch mehr Frauen in politischen Gremien einsetzen müssen, etwa im Sicherheitsrat des Forums, sagte Puna. Frauen müssten vor allem mehr in staatliche Entscheidungsprozesse miteingebunden werden und mehr Mitsprache-

recht und Entscheidungsbefugnisse in den Regierungen bekommen, forderte der Generalsekretär des Forumssekretariats, Tuiloma Neroni Slade.

Der Handlungsplan sieht die Einbeziehung von Frauen in Konfliktbewältigungsstrategien vor. Ein dritter Aspekt des engagierten Papiers beschreibt das Bezugssystem für den Schutz und die Bewahrung von Frauen und Kindern in humanitären Krisen und in so genannten Post-Conflict-Situationen.

Exemplarisch für die „starken Frauen“ in Ozeanien nannte Henry Puna drei Frauen, die sich pazifikweit für den Frieden in ihren Ländern einsetzen: Ethel Sigamanu von den Salomonen, Helen Hakena aus Bougainville und die Inderin Sharon Bhagwan Rolls aus Fidschi. (*Pacific Islands Forum Presseerklärung 19.10.12*)

China unterstützt Forum

China: Die Volksrepublik China unterstützt das Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ im nächsten Jahr mit 650.000 US-Dollar. Das erklärte der chinesische Botschafter in Fidschi, Huang Yong, bei einem Treffen mit Tuiloma Neroni Slade, dem Generalsekretär des Forumsekretariats, in Suva (Fidschi). 250.000 US-Dollar gehen an die Außenstelle des Forums im chinesischen Beijing, das „Pacific Islands Trade & Invest“-Büro, das für die wirtschaftlichen Beziehungen der Forumsländer zu China und den asiatischen Anrainerstaaten verantwortlich zeichnet. 400.000 US-Dollar gehen in den pazifisch-chinesischen Entwicklungshilfefonds „China-PIFs Development Cooperation Fund“.

Die Volksrepublik China wurde 1990 vom Pacific Islands Forum als Kooperationspartner in den so genannten „Post Forum Dialogue“ aufgenommen. Seither pflegt China enge wirtschaftliche Beziehungen zu den pazifischen Staa-

ten und fördert auf unterschiedliche Weise Projekte, Regierungen und Organisationen in der Region. Als Erfolgsbeispiel nannten Botschafter Yong und Generalsekretär Slade das Stipendienprogramm von China. Im Jahr 2011 hatte China zehn Studienaufenthalte von Studierenden aus Fidschi, Samoa, Kiribati und den Salomonen finanziert.

Slade wies auch auf die gemeinsame Vision Chinas und der Forumsländer hin, nämlich die Stärkung der regionalen Integration und Zusammenarbeit gemäß der im „Pacific Plan“ getroffenen Vereinbarungen zur stärkeren Zusammenarbeit des Pazifiks mit seinen Anrainerstaaten. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum 16.11.12*)

Fidschi führt G77

Fidschi: Die Vereinten Nationen (UN) haben Ende September in New York Fidschi zum Vorsitzenden über die G77 ernannt.

Die G77 ist ein loser Zusammenschluss von 130 Entwicklungsländern plus der Volksrepublik China. Die Vereinigung wurde 1964 auf der ersten Welthandelskonferenz gegründet. Die Minister der jeweiligen Länder treffen sich einmal jährlich zu ihrer Mitgliederversammlung am Sitz der UN in New York.

Erstmals seit ihrer Gründung bekam ein Mitgliedsland der pazifischen „Small Island Developing States“ den Vorsitz über die Gruppe. Der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama bedankte sich nach Bekanntwerden der Entscheidung bei seinem Außenminister, Ratu Inoke Kubuabola, und bei dem ständigen Vertreter Fidschis bei den Vereinten Nationen, Peter Thomson. Fidschi war von den asiatisch-pazifischen Mitgliedsländern der G77 vorgeschlagen worden.

Ratu Inoke erklärte, man nehme den Ruf zum Vorsitzenden der G77 mit Demut und Dankbarkeit

an. Man werde versuchen, den hohen Standard, den Algerien als vorsitzendes Land im vergangenen Jahr gesetzt habe, zu halten, so Inoke.

Info: Hauptziel der G77 ist es, die Position der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt zu verbessern. Darum koordiniert sie die Positionen und Forderungen der Mitglieder, um auf den Welthandelskonferenzen eine stärkere Verhandlungsposition zu erreichen. Die Gruppe verfasst gemeinsame Erklärungen zu entwicklungspolitischen und weltwirtschaftlichen Themen wie die „Charta der wirtschaftlichen Rechte der Dritten Welt“ und hat eigene handels- und wirtschaftspolitische Programme. (*Fiji Times* 30.09.12, <http://www.g77.org/>, *Wikipedia*)

Neue überregionale Fischereikommission

Pazifik: Ende August ist die „South Pacific Regional Fisheries Management Organisation“ (SPRFMO) gegründet worden. Die Organisation ist zuständig für die am 24. August 2012 verabschiedete „Convention on the Conservation and Management of High Seas Fishery Resources in the South Pacific Ocean“. Diese neue Konvention soll die Meeresressourcen in einem riesigen Gebiet zwischen Westaustralien und Südamerika nachhaltig schützen.

Auf Initiative von Neuseeland, Chile und Australien war die Konvention nach sechsjähriger Vorbereitungszeit zustande gekommen. Vertragspartner der Konvention sind zehn Staaten: Neuseeland, Australien, Belize, Taipeh (China), die Cookinseln, Kuba, die Europäische Union, die Faröer-Inseln (Dänemark), Südkorea und Russland.

Die Konvention soll die Fischbestände im Pazifik schützen und die Region zugleich nachhaltig bewirtschaften. Es sollen vor allem die von der Überfischung bedrohten Arten *Atlantischer Säge-*

bauch sowie verschiedene Makrelenarten geschützt werden. Ausgenommen sind die wandernden Fischarten, für die es eine eigene Konvention gibt, die so genannte „Convention on the Conservation and Management of highly migratory fish stocks in the Western and Central Pacific Ocean“.

Die erste Mitgliederversammlung der SPRFMO findet vom 28. Januar bis zum 1. Februar 2013 in Auckland (Neuseeland) statt.

(<http://www.southpacificrfo.org/>, *The National Australia* 24.08.12, *Flash d'Océanie* 24.08.12)

Neue Botschafterin

Neuseeland: Dr. Anne-Marie Schleich ist die neue deutsche Botschafterin in Neuseeland. Sie ist als so genannte „nicht-residentielle“ Botschafterin ebenfalls zuständig für die Cookinseln, Fidschi, Kiribati, Samoa, Tonga und Tuvalu. Schleich übereichte ihr Beglaubigungsschreiben am 28. August im Rahmen einer feierlichen Akkreditierungszeremonie in Wellington an Sir Jerry Mateparae, den Generalgouverneur von Neuseeland.

Frau Schleich hat im Fach Politikwissenschaften an der Universität von Mannheim promoviert. Sie hat am „Mount Holyoke College“ in den USA sowie in Harvard und an der University of North Carolina studiert. Sie war bereits an deutschen Botschaften in Singapur und Bangkok akkreditiert. Von 2004 bis 2008 war sie Geschäftsführerin der Abteilung für Kultur und Bildung an der deutschen Botschaft in London. Von 2008 bis Juli 2012 war Schleich bei der deutschen Botschaft in Melbourne (Australien) als „Consul General“ angestellt.

Schleich wurde 1951 in Saarlouis geboren. Sie ist mit Cheng Tan, einem pensionierten Anwalt aus Singapur, verheiratet. Das Paar hat zwei Kinder. (*Newsletter of the German Embassy in Wellington* 14.09.12, <http://www.wellington.diplo.de/Vertretung/wellington/de/Akkreditierung-seite.html>)

Australien im Weltsicherheitsrat

Australien: Ab 1. Januar 2013 wird Australien einen nichtständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen haben. Dafür hatten sich zwei Drittel aller UNO-Länder ausgesprochen. Für die nächsten zwei Jahre wurden außerdem folgende Länder als nichtständige Vertreter in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt: Argentinien, Luxemburg, Südkorea und Ruanda.

Für Luxemburg hatte die Mehrzahl der pazifischen Länder gestimmt, denn der Herzog von Luxemburg engagierte sich seit knapp zwei Jahren besonders in der „Melanesian Spearhead Group“ und bei der neukaledonischen Unabhängigkeitspartei FLNKS.

Info: Der Weltsicherheitsrat ist das mächtigste Organ der Vereinten Nationen. Er setzt sich aus fünf ständigen (Frankreich, Russland, USA, England und China) und zehn nichtständigen Mitgliedern (u.a. Deutschland) zusammen. Die zehn nichtständigen Sitze werden unter den regionalen Gruppen der UN aufgeteilt: Der afrikanische Block hat Anspruch auf drei Sitze; Asien, die Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten und die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten je auf zwei und Osteuropa auf einen Sitz. Jedes Jahr werden fünf nichtständige Mitglieder für die Dauer von zwei Jahren durch die Generalversammlung neu gewählt. (*Flash d'Océanie* 19.10.12, <http://www.un.org/en/sc/>, *Wikipedia*)

Erste Photovoltaik-Vollversorgung

Tokelau: Als erster Staat weltweit erzeugt Tokelau ab sofort seinen gesamten Strom über Photovoltaik-Anlagen. Der Inselstaat im Herzen Polynesiens installierte eine Ein-Megawatt-Anlage für umgerechnet 5,5 Millionen Euro

auf seinen drei Atollen. Für das weltweit größte Inselnetzsystem lieferte der australische Wechselrichter-Hersteller SMA knapp 300 Wechselrichter und 121 Ladegeräte für Batterien. Die drei Photovoltaik-Anlagen auf den Atollen wurden von dem neuseeländischen Unternehmen „PowerSmart Solar“ installiert.

Die Arbeiten an dem ambitionierten Projekt in dem administrativ zu Neuseeland gehörenden Staat hatten Mitte Juni des Jahres begonnen, nun nahm der Solarpark zum 1. November den Betrieb auf. Insgesamt wurden 4.032 Solarmodule und 1.344 Batterien verbaut. Sie liefern wesentlich mehr Energie als die rund 1.500 Bewohner der Insel verbrauchen können.

Tokelau war bisher bei seiner Stromerzeugung komplett von Dieselgeneratoren abhängig. Diese hatten täglich 200 Liter Treibstoff verbraucht, der auf die isoliert gelegene Insel importiert werden musste. Die Kosten von 825.000 US-Dollar jährlich für den Import der fossilen Treibstoffe können sich die Tokelauer jetzt sparen. (*Photovoltaik-Magazin online* 15.11.12, <http://powersmartsolar.co.nz/>)

Pazifische Erasmus-Studenten in Europa

Europa: Im August des Jahres sind 14 Studentinnen und Studenten beim ozeanischen Vertreter der Europäischen Union (EU), Alistair MacDonald, in der fidschianischen Hauptstadt Suva empfangen und nach Europa verabschiedet worden. Die Studierenden haben zum Wintersemester 2012/2013 ihr europäisches Studienjahr im Rahmen des universitären Austauschprogramms „Erasmus“ begonnen. Sie hatten das Auswahlverfahren erfolgreich bestanden und bekommen nun das Auslandsjahr in Form eines EU-Stipendiums finanziert.

Die Studierenden kommen von Universitäten aus Fidschi, Tonga,

Samoa und Kiribati. Die meisten von ihnen verbringen das Auslandsjahr an der Universität von Porto in Portugal. Einige studieren in England, an Universitäten in Belgien, in Rom und an der Technischen Universität von Dresden. Die meisten Studierenden machen ihren Master und Bachelor-Abschluss, einige wenige wollen in Europa promovieren. Sie belegen dazu Studiengänge wie Geographie, Geologie, Agrarwirtschaft und Betriebswirtschaftslehre.

Info: Das Hochschulprogramm ERASMUS wird seit 25 Jahren von der Europäischen Union durchgeführt und finanziert. Es fördert die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden, Dozenten und Hochschulpersonal. Bisher haben 400.000 deutsche Studierende am Erasmus-Programm teilgenommen.

(*Flash d'Océanie* 03.09.12, <http://www.eu.daad.de/eu/index.html>)

Mehr Waffen in Gebrauch

Pazifik: Der „Pacific Transnational Crime Report“ für das Jahr 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass Handfeuerwaffen meistens über Tonga und Amerikanisch-Samoa in die Region Ozeanien geschmuggelt werden. Allein im Jahr 2010 konnte die Polizei 30 halbautomatische Gewehre in der tongaischen Hauptstadt Tongatapu sicherstellen. Noch immer befinden sich auch auf den Salomonen Gewehre im Besitz von Privatpersonen. Dort konnten Waffen nach Ende der ethnischen Krise ab 2003 straffrei bei der Polizei oder später bei der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ RAMSI abgegeben werden. Schussverletzungen auf den Salomonen ließen aber die Schlussfolgerung zu, dass es noch immer Waffen im Privatbesitz gebe.

Ähnlich sei die Situation auf Bougainville, erklärte Dr. Gordon Nana, ein Dozent für Politikwissenschaften von der „University of the South Pacific“ in Suva

(Fidschi).

Auch aus Samoa seien erstmals Schussverletzungen gemeldet worden. Im Mai waren dort drei Polizisten im Einsatz angeschossen worden. Besonders problematisch sei die Situation in Papua-Neuguinea. Hier würden in 60 % aller Gewaltverbrechen Gewehre benutzt.

(http://www.pilonsec.org/index.php?option=com_content&view=article&id=95:2011-pacific-transnational-crime-assessment&catid=3:pacific-law-and-justice-news&Itemid=94, Radio Australia 07.09.12)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Ergebnisse der Volkszählung

Nach der vorläufigen Auswertung der im letzten Jahr erfolgten Volkszählung leben derzeit 7,1 Millionen Menschen in Papua-Neuguinea. Das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 2,8%. Mit 3,7 Millionen Männern sind diese in der Überzahl (Frauen: 3,4 Millionen). Insgesamt gibt es 1,4 Millionen Haushalte. Ein Großteil der Bevölkerung (43%) lebt in der Region Hochland. 25% leben in der Region Mamosse, 18% im Süden und 14% auf den Inseln.

Die bevölkerungsreichste Provinz ist Morobe mit mehr als 640.000 Bewohnern, gefolgt von Eastern Highlands (582.159) und den Southern Highlands (515.511).

Die meisten Touristen im Jahr 2011 kamen aus Australien (73.306), gefolgt von den Philippinen (13.812). 8.529 Neuseeländer und 7.572 Amerikaner besuchten die Insel.

Die bevölkerungsreichste Stadt ist die Hauptstadt Port Moresby, gefolgt von Lae, Goroka, Madang und Rabaul (auf der Insel Neubritannien).

Erstmals seit 20 Jahren wurde auch die Bevölkerung der Insel Bougainville erfasst. Demnach leben dort 234.280 Menschen, davon 120.187 Männer und 114.093 Frauen. *(Post-Courier 04.04.12, The National 22.10.12)*

Heilsarmee beklagt Straßenkinder

Nach einem Bericht der „Heilsarmee“ leben 2.200 Menschen in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby auf der Straße. Bei ihren Recherchen zum Thema Obdachlosigkeit in der Hauptstadt trafen die Mitarbeiter der Heilsarmee auf 900 Erwachsene und 1.350 Kinder. Die Heilsarmee führte für ihren Bericht Interviews mit den Betroffenen in den Vororten Boroko, Waigani, 4-Mile, Ela Beach und in der Innenstadt. Von den befragten obdachlosen Kindern besuchten nur 10% eine Schule. Viele Straßenkinder arbeiteten in der Prostitution, um sich über Wasser zu halten. Über 25% der im horizontalen Gewerbe tätigen Mädchen gaben an, sie würden Alkohol und Drogen konsumieren, um ihrer Arbeit nachgehen zu können.

Major Rex Johnstone, der Bereichsverantwortliche bei der Heilsarmee in Port Moresby, sagte, viele der Straßenkinder seien bereits auf der Straße geboren und hätten keine Heimat, in die sie zurückkehren könnten. Viele seien auch als Jugendliche auf der Suche nach einem Job in die Stadt gekommen und zunächst bei ihren „Wantoks“ untergekommen. Bei Clanstreitigkeiten seien die Leute aus dem Dorf aber die ersten, die buchstäblich auf die Straße gesetzt würden.

Die Heilsarmee kümmert sich mit ihrem „Settlement Ministries Programme“ um die Obdachlosen. Sie bietet täglich eine kostenlose Mahlzeit an und versorgt die Menschen mit Kleidung.

(<http://www.png.salvationarmy.org/>, The National 03.10.12)

Vereinfachtes Einreiseprocédere

Australien und Papua-Neuguinea haben ein Abkommen über die vereinfachte Ausstellung von Visa für Reisende getroffen. Vermutlich noch in der ersten Hälfte des neuen Jahres soll es Bürgern von Papua-Neuguinea möglich sein, die für Australien nötigen Einreisepapiere auf elektronischem Weg über das Internet zu beantragen. So sollen die langen Schlangen vor der australischen Botschaft verhindert werden.

Die australische Regierung sieht die Vereinfachung der Visumsprozedur als Zeichen der Freundschaft mit dem melanesischen Nachbarstaat. Dem Ansinnen des neuguineischen Außenministers Rimbink Pato auf die Ausstellung eines Visums am Tag der Einreise direkt auf dem australischen Flughafen („visa on arrival“) wurde jedoch nicht stattgegeben.

Der australische Minister für Immigration und Staatsbürgerschaft, Chris Bowen, erklärte, über 80% aller Neuguineer kämen als Touristen oder als Geschäftsleute nach Australien. Für sie würde die Online-Beantragung von zu Hause oder aus dem Büro heraus eine große Erleichterung darstellen, so Bowen.

Eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern des australischen „Department of Immigration and Citizenship“ und der neuguineischen „Immigration and Citizenship Service Authority“ soll nun den genauen elektronischen Antragsweg erarbeiten. *(Post-Courier 08.11.12)*

Elektrifizierung des ländlichen Raumes

Neuseeland, Japan und die Asiatische Entwicklungshilfebank (ADB) haben ein „Drei-Parteien-Abkommen“ zur Finanzierung von Elektrifizierungsmaßnahmen im ländlichen Raum geschlossen. 2,5 Millionen US-Dollar kommen

vom „Japan Fund for Poverty Reduction“, 2,5 Mio. US-Dollar von der neuseeländischen Regierung und eine Million US-Dollar von der Regierung von Papua-Neuguinea. Das Geld geht direkt an den staatlichen Energielieferanten „PNG Power“. Damit sollen Dörfer in den entlegenen Gebieten in der Northern Province, im Westen der Insel Neubritannien und auf Bougainville mit Strom versorgt werden.

Das Besondere an diesem Projekt ist die Einbindung der Lokalbewölkerung. Die Menschen sollen die Stromleitungen selber verlegen und sie sollen ausgebildet werden, das Stromnetz zu warten. Außerdem will die „PNG Power“ Kurse über Energieeffizienz, Sicherheit im Umgang mit Elektrizität und die Wartung der Anlagen durchführen. Damit sollen zugleich Einkommensschaffende Maßnahmen im ländlichen Raum ermöglicht werden.

Mit den Geldern der ADB, Neuseeland und Japan sollen 4.500 Haushalte, 20 Schulen und 20 Krankenstationen in den drei Provinzen mit Strom versorgt werden. *(Pacific Trade & Invest 09.11.12)*

Soldaten in den Sudan

Papua-Neuguinea wird noch in diesem Jahr Soldaten in den Sudan und in den Süd-Sudan entsenden. Das gab Brigadegeneral Francis Agwi, der Kommandant der neuguineischen Streitkräfte „Papua New Guinea Defence Force“, bekannt. Insgesamt wurden vier neuguineische Soldaten von den „United Nations Military Observers“ ernannt. Major Kinsley Wawada und Leutnant Talatui Gaileko werden als Beobachter nach Darfur (Sudan) gehen. Major Raphael Yapu und Major John Bindie gehen in den im Juli 2011 neu gegründeten Staat Süd-Sudan. [Zum Vergleich: Im Sudan sind derzeit sechs deutsche Offiziere der Bundeswehr im Einsatz.]

Verteidigungsminister Dr. Fabian Pok sprach von einer Ehre für die Streitkräfte. Die Vereinten Nationen hatten im vergangenen Jahr angefragt, ob Neuguinea bereit sei, sich international an den diversen Friedensmissionen der UNO zu beteiligen. (*Radio Australia* 26.09.12, *Post-Courier* 19.09.12)

LNG teurer als erwartet

Esso Highlands, Betreiber des „Liquefied Natural Gas Project“ (LNG), hat seinen Kostenvorschlag für das pazifikweit größte Gasverflüssigungsprojekt nach oben korrigiert. Statt der errechneten 15,7 Milliarden US-Dollar soll LNG nun 19 Milliarden US-Dollar kosten. Als Grund für die Steigerung gab Esso die weltweite Finanzkrise, die Preissteigerung bei Materialien sowie die andauernden Streitigkeiten um die Höhe von Kompensationszahlungen mit traditionellen Landeignern an. Auch die starken Niederschläge über mehrere Monate hätten die Bauarbeiten an den Anlagen und der Pipeline verzögert und die Kosten in die Höhe getrieben.

Die Mehrkosten sollen entsprechend ihrer Anteile auf alle Anteilseigner (u.a. Oil Search Limited, Santos, Nippon Oil and Gas Exploration, ExxonMobil, Petromin, PNG Regierung) umgelegt werden.

Esso Highlands vermeldete des Weiteren, dass die Kapazität des Gasprojektes von geplanten 6,6 Millionen Tonnen Gas jährlich um 5% auf vermutlich 6,9 Millionen gesteigert werden könne. Dies könne durch betriebsinterne Optimierungsprozesse erreicht werden. Wie mit allen Anteilseignern vereinbart, soll das erste verflüssigte Gas Anfang 2014 zur Verfügung stehen. Bis dato sind bereits 70% der Anlagen fertig gestellt. Das Gas stammt von Gasfeldern in den Provinzen Southern Highlands und Western. Über Pipelines soll es zur Weiterverarbeitung in die Gas-Raffinerie 20 Ki-

lometer nordwestlich von Port Moresby im Golf von Papua transportiert werden. (*The National* 13.11.12, <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2012-11/25142550-exxon-png-lng-project-cost-jumps-21-to-dollar-19-blm-boosts-capacity-by-5-020.htm>, http://www.pnglng.com/media/pdfs/media_releases/media_release_121112_PNGLNG_Project_Update.pdf)

Pastor will Ministeriumsname ändern

Peter Kimbe, Vorsitzender des „Chimbu Christian Outreach Centre“ in der Provinz Chimbu, hat Premierminister Peter O'Neill aufgefordert, das „Ministry of Religion“ umzubenennen in „Ministry of Christianity“. Kimbe erklärte, der Name „Ministerium für religiöse Angelegenheiten“ sei viel zu allgemein, da er vielen religiösen Gruppierungen den Weg ebne und dabei das dezidiert christliche Fundament des Staates Papua-Neuguinea unterminiere. Einflüsse von Weltreligionen wie dem Islam oder dem Buddhismus gefährdeten die christliche Basis. Kimbe forderte gar eine Verfassungsänderung von Premier O'Neill. So solle die Verfassung zukünftig nicht mehr „Religionsfreiheit“ garantieren, sondern solle die christlichen Kirchen in der Verfassung als Grundlage der Religion festschreiben. Außerdem solle das derzeitige „Ministry of Religion“ vom „Ministry of Youth and Community“ stärker getrennt werden und eigenständiger arbeiten.

Die großen christlichen Kirchen stellten die Gesundheits- und Bildungssituation im Land sicher und hätten eine eigene ministerielle Koordinierungsstelle verdient, so Pastor Kimbe gegenüber der neuguineischen Tageszeitung *The National*. (*The National* 07.09.12)

BOUGAINVILLE

Frauenvereinigung wählt Vorstand

Die im Sommer des Jahres gegründete „Bougainville Women's Federation“ (BWF) hat sich institutionalisiert. Im Rahmen einer kleinen Feier im „Kuri Village Resort“ hat die (inzwischen abgewählte) Ministerin für Frauen, Jugend, Kirchen und ländliche Entwicklung, Rose Pihei, die von Juristen erarbeitete Satzung der neuen Frauenvereinigung vorgestellt. Außerdem wurde ein Vorstand gewählt: Zur Vorsitzenden wurde Hona Holan aus Nord-Bougainville gewählt. Zur Vize-Präsidentin wurde Agnes Nara aus der Provinz South Bougainville gewählt. Zur Schriftführerin ernannten die versammelten Frauen Martha Barako aus der Central Province von Bougainville und zur Schatzmeisterin Anastasia Papi aus Nord-ougainville.

Vorstandsvorsitzende Holan sagte bei ihrer Jungfernrede, die BWF wolle die Anliegen von Frauen vor allem gegenüber Behörden und Regierungseinrichtungen zu Gehör bringen. Dabei wolle man der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen besondere Rechnung tragen. In dieser Resolution geht es um die wichtige Rolle von Frauen in Friedens- und Versöhnungsprozessen und um ihre volle politische Teilhabe bei allen Prozessen rund um Frieden und Aussöhnung. (*Post-Courier* 27.09.12, 02.12.12)

Delegation aus Alaska

Eine dreiköpfige Delegation aus Alaska hat sich auf Bougainville mit den umgesiedelten Menschen der Carteret-Inseln getroffen, um über die Folgen des Klimawandels zu diskutieren. Das von der Nichtregierungsorganisation „Tulele Peisa“ organisierte Treffen fand in der Grundschule von Tinputz statt. Nahe Tinputz hatte die

katholische Kirche den Migranten aus dem Carteret-Atoll 71 Hektar Land geschenkt. Im Dorf Woroav leben derzeit sieben Familien, drei weitere wollen noch in diesem Jahr nach Bougainville umziehen. Insgesamt hätten sich 83 Familien für das „Relocation Programme“ eingeschrieben, erklärte Ursula Rakova, die Vorsitzende der 2006 gegründeten NGO „Tulele Peisa“ (Englisch: „Sailing the waves on our own“).

Die Delegation aus Alaska bestand aus drei Männern aus dem Dorf Newtok unter Leitung eines Mitarbeiters des Einwanderungsministeriums von Alaska.

Da die Carteret-Inseln weltweit als Modell für eine erfolgreiche Umsiedlungspolitik stehen, wollte sich die Delegation aus dem nördlichsten Bundesstaat der USA vor Ort über die Hintergründe und Herausforderungen des Umsiedlungsprogramms informieren.

Bei der traditionellen Begrüßungszeremonie in Tinputz erklärte der von den Carterets gebürtige Grundschullehrer Peter Salei halb im Ernst, halb im Scherz: „*Wenn bei euch in Alaska noch mehr Eis schmilzt, werden die Carteret-Inseln noch tiefer im Meer versinken*“. (*The National* 10.09.12, *Island Business* 19.09.12, <http://www.tuelepeisa.org/>)

Momis vergibt Kombattanten

Der Präsident des „Autonomous Bougainville Government“ (ABG), John Momis, hat sich vor rund 5.000 Menschen mit ehemaligen Kombattanten versöhnt. Momis war 1997 von jungen Soldaten der „Bougainville Revolutionary Army“ (BRA) unter Befehlsgewalt von Francis Ona gefangen genommen worden. Die BRA wollte verhindern, dass Momis bei den Wahlen 1997 erneut als Repräsentant für Bougainville in das Parlament von Papua-Neuguinea gewählt wurde. Momis war von

Tinputz aus gewaltsam nach Panguna gebracht worden, um dort auf den 2005 verstorbenen Francis Ona zu treffen. Er sei mit Respekt behandelt worden, sagte Momis bei der Versöhnungszeremonie in der katholischen Mission von Tinputz. In Ona habe er einen Mann kennengelernt, der auf seine Art respektvoll und integer gewesen sei und der erkannt habe, dass man den Frieden auf Bougainville nur gemeinsam realisieren könne. Momis war nach rund einem Monat unverletzt von den Rebellen freigelassen worden.

Bei der Versöhnungszeremonie Ende November in Tinputz traf Momis nun auf die jungen Männer, die ihn 1997 gefangen genommen und zu Ona gebracht hatten. In einer emotionalen Rede vergab Momis den Ex-Rebellen.

Unter den rund 5.000 Teilnehmern der traditionellen Zeremonie befanden sich auch Vertreter der Vereinten Nationen aus New York und Mitglieder verschiedener Nichtregierungsorganisationen, die sich auf Bougainville für Frieden und Versöhnung einsetzen.

Zu der Versöhnungszeremonie hatten die *chiefs* von Buin und Tinputz auf das Gelände der katholischen Mission bei Tinputz eingeladen. (*Bougainville Freedom Movement* 25.11.12, <http://bougainville.typepad.com/>)

SALOMONEN

Fidschianerin im Parlament

Die ursprünglich aus Fidschi stammende Vika Lusibaea ist erst die zweite Frau seit der Unabhängigkeit der Salomonen 1978, die es in das Parlament geschafft hat. Sie hatte bei den Nachwahlen zu den Parlamentswahlen im August dieses Jahres überraschend mit über 2.800 Stimmen die Mehrheit im Wahlbezirk Nord-Malaita errungen und wurde im September auf ihr neues Amt eingeschworen.

Lusibaeas Wahlerfolg hat einen kuriosen Hintergrund: Ihr Ehemann Jimmy Lusibaea, ein ehemaliger Rebellenführer bei den ethnischen Unruhen auf den Salomonen zwischen 1999 und 2003, war bei den regulären Parlamentswahlen im August 2010 ins Parlament gewählt worden und anschließend von dem damaligen Premierminister Danny Philipp zum Fischereiminister ernannt worden. Als die Kriegsverbrechen von Lusibaea bekannt wurden, musste er im November 2010 seinen Parlamentssitz räumen. Er wurde zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt und musste seine Haftstrafe zunächst auch antreten. Im Januar 2011 erließ der amtierende Polizeiminister der Salomonen, James Tora, ihm einen Großteil der Haftzeit, so dass Lusibaea seinen Parlamentssitz wieder einnehmen konnte. Im Oktober 2011 erklärte das Oberste Gericht die Erlassung der Haftstrafe für rechtswidrig und verurteilte Lusibaea erneut, den Parlamentssitz zu räumen. Da die für ihn abgegebenen Stimmen damit im Nachhinein ungültig geworden waren, mussten im August dieses Jahres Nachwahlen für den Parlamentssitz von Nord-Malaita stattfinden. Der zwar aus seiner Haft entlassene, aber nicht mehr ins Parlament wählbare Lusibaea hatte daraufhin die Bevölkerung von Nord-Malaita aufgefordert, ihre Stimmen für seine Ehefrau abzugeben.

Info: Vor Vika Lusibaea hatte es nur die Gesundheitsberaterin und Vorsitzende des „National Council of Women“, Hilda Kari, ins Parlament geschafft. Sie war ebenfalls bei Nachwahlen 1989 für North East Guadalcanal ins Parlament gewählt worden und sowohl 1994 als auch 1997 (bis 2001) bestätigt worden. Kari hatte bei den Wahlen 2010 erneut für den Bezirk North East Guadalcanal kandidiert, war aber gescheitert.

(http://en.wikipedia.org/wiki/North_Malaita_bye-election,_2012, *Radio NZ Intern.* 18.09.12)

Straße in Betrieb genommen

Ende Oktober ist die neue Verbindungsstraße zwischen Honiara und der Provinz West Guadalcanal feierlich eröffnet worden. Die im Rahmen des „Solomon Islands Second Road Improvement Project“ (SIRIP 2) erbaute Straße wurde mit Unterstützung der Asiatischen Entwicklungsbank, der Europäischen Union sowie von AusAID und NzAID finanziert. In Betrieb genommen wurde die Straße auf der „Poha Brücke“ in einem Vorort von Honiara durch Seth Gukuna, den Minister für Infrastruktur, und Anthony Veke, den Provinzgouverneur von West Guadalcanal.

Die Straße verbindet nun die Hauptstadt mit dem Westteil der Insel Guadalcanal und ermöglicht einfachen Waren- und Personentransport.

Minister Gukuna bedankte sich vor allem bei den traditionellen Landeignern im Gebiet der Poha Brücke. Sie hätten Land zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Infrastrukturverbesserungsprojektes der salomonischen Regierung werden auch Arbeitsplätze für Dorfgemeinschaften entlang der neuen Verbindungsstraße geschaffen: Junge, arbeitslose Männer können sich Geld verdienen, indem sie auf einem bestimmten Teilabschnitt der Straße für diese zuständig sind und z.B. Schlaglöcher füllen, die Vegetation am Straßenrand pflegen und allgemein die Straße auf Schäden hin untersuchen. Mit der Einbindung der Lokalbevölkerung habe man gute Erfahrungen gemacht, so der Minister.

Info: Im Rahmen von SIRIP 2 wurden bis dato 17 Kilometer Straße sowie neun Brücken auf der Insel Guadalcanal renoviert. Um Schäden durch Überschwemmungen und Hochwasser, die durch den Klimawandel drastisch zugenommen haben, abzuwenden, wurden alle Brücken höher gelegt und die Stra-

ßen mit einem besonderen Belag gehärtet. Die Regierung der Salomonen betrachtet das SIRIP 2-Projekt auch als Maßnahme im Kampf gegen Armut, da die ländliche Bevölkerung durch Infrastrukturmaßnahmen besser an das städtische Umfeld angebunden werden kann.

(<http://www.adb.org/news/solomon-islands/upgraded-west-guadalcanal-road-officially-open>, <http://www.aid.govt.nz/media-and-publications/development-stories/november-2012/new-road-help-solomon-islands-communities>, *Solomon Times* 31.10.12)

† Father John Lamani

Father John Lamani, der Gründer und Herausgeber der einzigen inländischen Tageszeitung „Solomon Star“ starb überraschend Mitte September in seinem Haus in Honiara an einem Herzinfarkt.

Lamani war gebürtig aus dem Dorf Gegema (Insel Malaita). Der im Volksmund wegen seines kirchlichen Engagements liebevoll als „Father Lamani“ betitelte Journalist war auch ordinerter Pfarrer der Anglikanischen Kirche auf den Salomonen sowie langjähriges Mitglied der „Pacific Islands News Association“ (PINA). 2009 wurde er für seine Verdienste um den Lokaljournalismus und die engagierte Arbeit mit Gemeindemitgliedern zum Ritter des „Order of St. Michael and St. George“ ernannt.

Gemeinsam mit seiner Frau Cathy hatte Lamani 2001 den „PINA Media Freedom Award“ für seine fundierte und objektive Berichterstattung während der ethnischen Unruhen auf den Salomonen erhalten.

Seitens der Medienschaffenden im ganzen Pazifikraum gingen bei seiner Familie Beileidsbekundungen und viel Lob für seine Arbeit ein. George Herming, Präsident der „Media Association of Solomon Islands“, erklärte, Lamani sei ein „Pionier“ der freien und unabhängigen Presse auf den Salomonen. Lamani sei eine „inspirie-

rende Figur“ gewesen. Ein Redakteur von „Radio Australia“ bezeichnete Lamani als „Rupert Murdoch des Pazifiks“.

Lamani hatte den „Solomon Star“ im Mai 1982 gegründet. Die englischsprachige Zeitung ist bis dato die einzige Tageszeitung auf den Salomonen.

(*Radio Australia, Islands Business* 10.09.12, *Wikipedia*, http://asopa.typepad.com/asopa_people/2012/09/fr-john-lamani-pacific-media-leader-dies-in-honiara.html)

FIDSCHI

[Anmerkung der Redaktion: Wenn nicht anders gekennzeichnet, wurden alle Artikel zu Fidschi von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp, Berlin, verfasst.]

Verfassungsprozess: Fortschritte & Angst vor zunehmender Einmischung der Übergangsregierung

Der Prozess zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung läuft in Fidschi planmäßig weiter. Nachdem bis Ende September Konsultationen der Verfassungskommission mit der Bevölkerung stattgefunden haben und die Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zur neuen Verfassung an die Kommission richten konnten, hat nun die Phase der eigentlichen Ausarbeitung begonnen. Die Mitglieder der Verfassungskommission unter Leitung des Kenianers Yash Ghai sollen bis Ende des Jahres einen Verfassungsentwurf entwickeln.

Gleichzeitig ist es zuletzt trotz der Fortschritte jedoch zu Auseinandersetzungen zwischen der Verfassungskommission und der fidschianischen Übergangsregierung gekommen. Sorge bereitet vor allem der Beschluss der Übergangsregierung, dass es nach Vorlage des Entwurfs zu keinen öffentlichen Konsultationen zu diesem mehr kommen soll. Vielmehr soll der Entwurf direkt der noch zu ernennenden verfassungsgebenden Versamm-

lung vorgelegt werden, welche den Entwurf planmäßig im Februar 2013 beschließen soll. Laut Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum habe die Verfassungskommission bereits in der letzten Konsultationsphase zahlreiche Meinungen aus der Bevölkerung eingeholt und sei sehr viel durch das Land gereist, so dass keine weiteren Konsultationen nötig seien. Vielmehr solle sichergestellt werden, dass der Prozess möglichst bald abgeschlossen werden könne.

Der Entscheidung vorausgegangen war heftige Kritik der Übergangsregierung und des Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama an der Unabhängigkeit der Verfassungskommission. Zuvor war bekannt geworden, dass der frühere fidschianische Vize-Präsident Joni Madraiwiwi sowohl der Verfassungskommission als Angestellter gegen Bezahlung zugeordnet hat, als auch selbst eine Verfassungsvorlage an die Kommission gerichtet habe. Das Einbringen von Vorschlägen und die bezahlte Arbeit für die Kommission seien laut Übergangsregierung miteinander unvereinbar. Für zusätzliche Aufregung sorgte, dass Madraiwiwi ausgerechnet einen Verfassungsvorschlag unterstützte, der vorsieht, das Christentum als Staatsreligion einzuführen. Die Vorlage hat jedoch keine Aussicht auf Erfolg, in die Verfassung zu gelangen, da Religionsfreiheit zu den Prinzipien gehört, welche die Übergangsregierung bereits vor Beginn des Verfassungsprozesses als nicht verhandelbar festgelegt haben. Auch der Vorsitzende der Verfassungskommission, Yash Ghai, hatte schon vor Monaten die Ablehnung der Verfassungskommission gegen eine solche Vorlage deutlich gemacht. Trotz der Vorfälle um Madraiwiwi betonte Ghai nun, die Verfassungskommission insgesamt sei in ihrer Arbeit neutral und lasse sich nicht beeinflussen.

Eine Reihe politischer Parteien, darunter *die Fiji Labour Party*

(FLP), die *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua* (SDL) und die *United People's Party* (UPP), haben derweil erneut gemeinsam die Einflussnahme der Übergangsregierung auf den Verfassungsprozess kritisiert. Die Verfassungskommission müsse den Freiraum haben, ihre Arbeit unabhängig zu verrichten. Am Ende entscheide die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der neuen Verfassung über deren Erfolg, unabhängig über die vorherige Beteiligung dieser an Konsultationen. Die SDL gab bekannt, sie erwarte, dass die Kommission und Ghai sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als vor allem auch von der Übergangsregierung alle nötige Unterstützung erfahren. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Übergangsregierung die Arbeit der Kommission durch nebensächliche Vorwürfe erschwere. Insbesondere befürchten die politischen Parteien eine voreingewählte Auswahl der Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung durch die Übergangsregierung. Daher haben sich die Parteien gemeinsam mit einigen Gewerkschaften und wichtigen Häuptlingen in einer Petition an den fidschianischen Präsidenten Ratu Epeli Nailatikau (siehe auch nächsten Artikel) gewandt und ihn aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Übergangsregierung abtritt. Nach Wunsch der Antragsteller soll sie von einer neu einzusetzenden neutralen Übergangsregierung abgelöst werden, welche das Land bis zu den geplanten demokratischen Wahlen im Jahr 2014 verwalten soll. Die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung soll im Dezember bekannt gegeben werden. Ihr sollen laut Übergangsregierung Vertreter aller wichtigen Parteien, Organisationen, Bevölkerungsgruppen und der Zivilgesellschaft angehören.

Parallel zum Verfassungsprozess wird die elektronische Wählerregistrierung für die geplanten Wahlen weiter fortgesetzt. Etwa 500.000 Menschen seien bereits registriert, wie das Justizministe-

rium bekannt gab. Vereinzelt ist es dabei zu Zwischenfällen gekommen, wie beispielsweise dem Versuch eines jungen Mannes, sich mehr als zehnmal in verschiedenen Ortschaften registrieren zu lassen. Die Registrierungen sollen sobald wie möglich abgeschlossen werden, jedoch für neue Wahlberechtigte bis 2014 weiter möglich bleiben.

Währenddessen hat Australien Aiyaz Sayed-Khaiyum als ersten hochrangigen fidschianischen Regierungsvertreter nach Lockerung der Sanktionen gegen Fidschi die Einreise erlaubt. Sayed-Khaiyum hat ein breites Portfolio an Zuständigkeiten innerhalb der fidschianischen Regierung: Er ist unter anderem Minister für Justiz, Industrie, Tourismus und Kommunikation und eines der wichtigsten Sprachrohre der Übergangsregierung.

Nach der militärischen Machtübernahme im Jahr 2006 hatten Australien und Neuseeland Einreiseverbote gegen fidschianische Regierungsangehörige und hochrangige Verwaltungsangestellte verhängt, die vor einigen Monaten nach Gesprächen der Außenminister von Australien, Neuseeland und Fidschi gelockert wurden. Bereits damals war dem fidschianischen Außenminister Ratu Inoke Kubuabola eine Sondergenehmigung zur Einreise erteilt worden. Sayed-Khaiyum reiste via Sydney zu einem Treffen der AKP-Staatengruppe in Brüssel und hielt sich auf seinem Rückflug privat einige Tage in Australien auf.

Weitere Informationen zur Zusammensetzung der Verfassungskommission, ihren Aufgaben und den bisherigen Geschehnissen im Verfassungsprozess finden sich auch in den letzten beiden Ausgaben der Pazifik aktuell. Dort gibt es auch weitere Hintergrundinformationen zur Lockerung der Sanktionen gegen Fidschi. (Islands Business 22.10.12, 23.10.12, 06.11.12, Radio New Zealand International 29.10.12, 01.11.12, 02.11.12, 09.11.12, 11.11.12, Fiji Live 22.10.12)

Ratu Epeli Nailatikau für weitere Amtszeit als Präsident vereidigt

Ratu Epeli Nailatikau ist am 12. November für eine weitere Amtszeit als Präsident von Fidschi vereidigt worden. Die Übergangsregierung hatte ihn im Jahr 2009 erstmals als Präsident eingesetzt, nachdem sein Vorgänger Ratu Josefa Iloilo sich zurückgezogen hatte. Vor der Machtübernahme des Militärs im Jahr 2006 wurde die Ernennung des Präsidenten vom inzwischen aufgelösten *Great Council of Chiefs* durchgeführt. Derzeit befasst sich die Verfassungskommission auch mit der Frage, wie die Ernennung des Präsidenten in Zukunft erfolgen soll. Für Aufregung sorgte währenddessen die Ankündigung von Übergangspräsident Voreqe Bainimarama, Nailatikau werde bis zum Ende seiner Amtszeit 2015 und damit über das Datum für demokratische Parlamentswahlen im Jahr 2014 hinaus im Amt bleiben. Dies würde bedeuten, dass Fidschi selbst im Falle der demokratischen Wahl einer neuen Regierung bis 2015 einen demokratisch nicht legitimierten Präsidenten hat. Dies sorgt insbesondere angesichts der noch nicht geklärten zukünftigen Kompetenzen des Präsidentenamtes für Verunsicherung. So ist denkbar, dass der Präsident durch Nichtunterzeichnung ein Veto gegen alle Parlamentsbeschlüsse einlegen könnte.

Derzeit hat der Präsident von Fidschi vor allem repräsentative Funktionen und im Vergleich zur Regierung eingeschränkte Machtbefugnisse. Bainimarama sagte, dass verfassungsbedingte Änderungen der Einsetzung eines neuen Präsidenten erst in Kraft treten sollten, sobald Nailatikau seine Amtszeit beendet habe. (*Radio New Zealand International* 11.11.12, 13.11.12)

Farmer fordern Unterstützung für Zuckerindustrie

Nach Berechnungen der fidschianischen *National Farmers Union* ist die Zuckerproduktion weiter rückläufig und wird 2012 voraussichtlich einen neuen Tiefstand erreichen. Erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen könnte die Zuckerproduktion unter die Marke von 1,6 Mio. Tonnen rutschen. Dies gab der Vorsitzende der Farmerunion, der frühere fidschianische Premierminister Mahendra Chaudhry, bekannt. Für den Zusammenbruch der Zuckerproduktion in den vergangenen Jahren machte er insbesondere die Machtübernahme des Militärs im Jahr 2006 verantwortlich. Außerdem führe eine ungerechte Verteilung der Gewinne und der Unterstützung für den Zuckerrohranbau dazu, dass immer mehr Farmer den Anbau aufgeben. Nach Angaben von Chaudhry habe sich die Zahl der Zuckerfarmer in Fidschi in den letzten 20 Jahren insgesamt von 23.000 auf 12.000 fast halbiert. Die Farmerunion fordert, dass mehr Unterstützung bei den Farmern selbst ankommen muss und kritisiert, dass die staatlichen Subventionen größtenteils der Zuckerindustrie und der *Fiji Sugar Corporation* zukommen würden.

Der Vorsitzende der *Fiji Sugar Corporation*, Abdul Khan, weist die Vorwürfe und die Prognosen der Farmerunion jedoch zurück. Er bestreitet, dass der Zuckeranbau weiterhin einem deutlichen Rückgang unterworfen sei. Vielmehr befinde sich der Zuckersektor nach Khan derzeit in einer sehr guten Lage. Die Produktion sei in den letzten Jahren effektiver geworden, die Gewinne hätten sich verbessert und auch die Zahlungen an Farmer seien deutlich gestiegen. Er gehe nicht davon aus, dass es nur noch so wenige Farmer gebe, wie von der Farmerunion dargestellt.

Unterstützung für die Farmerunion gab es hingegen von der *University of the South Pacific* in Suva. Der bekannte Professor Biman Prasad sagte, die Übergangsregierung müsse die Unterstützung für Farmer dringend erhöhen, um einen weiteren Rückgang der Produktion zu stoppen. Außerdem müssten die Produktionskosten verringert werden.

(*Radio New Zealand International* 15.11.12, 14.11.12)

“Out-Sourcing” des Straßenbaus führt zu hohen Entlassungen

Die *Fiji Roads Authority*, die bisher für Bau, Instandhaltung und Verbesserung der fidschianischen Straßen zuständig gewesen ist, entlässt mehr als 1.000 Angestellte und damit beinahe ihre gesamte Belegschaft. Insgesamt sollen ab nächstem Jahr 1.035 der derzeit 1.152 Angestellten entlassen werden. Grund für die fast vollständige Auflösung des *Roads Authority* ist eine Entscheidung der Übergangsregierung, die Instandhaltung der Straßen ab nächstem Jahr von ausländischen Vertragspartnern übernehmen zu lassen. Übergeordnetes Ziel sei dabei die umfangreiche Verbesserung der Qualität der Straßen in Fidschi. Die Regierung äußert die Hoffnung, dass ein Großteil der bisher bei der *Roads Authority* Beschäftigten Jobs bei ausländischen Firmen erhalten und auch in Zukunft in Fidschi zum Straßenbau eingesetzt werden. Die meisten der Arbeiter erhalten Abfindungen. Davon ausgenommen sind allerdings 318 Angestellte, die lediglich temporäre Arbeitsverträge besitzen. (*Radio New Zealand International* 14.11.12)

Neue Mindestlöhne festgesetzt

Am 31. Oktober sind in Fidschi neue Mindestlöhne in Kraft getreten. Vorausgegangen waren kon-

troverse Diskussionen über die genauen Erhöhungen der Löhne. Insgesamt regeln zehn verschiedene Erlasse, die so genannten *Wages Regulations Orders*, die Löhne. Dies gab das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft bekannt. Demnach erhöhen sich die Mindestlöhne für Beschäftigte im Sicherheitssektor, im Bau- und Energiesektor, im Transportsektor, im Hotel- und Tourismussektor, im Bergbau und in weiteren Branchen um mindestens 7,9 % und teilweise bis zu 10,4 %.

Zu den kontroversen Diskussionen im Vorfeld und die Besetzung des Gremiums, welches die Mindestlöhne festgesetzt hat, haben wir bereits in vorausgegangenen Ausgaben der pazifik-aktuell ausführlicher berichtet.

(Islands Business 01.11.12)

Namosi bekommt „grünes Licht“

Die fidschianische Regierung hat dem einheimischen Bergbaukonzern „Namosi Joint Venture“ die Genehmigung erteilt, einen Antrag auf Erteilung einer Bergbaulizenz zu stellen. Namosi kann somit Vorabstudien wie Probebohrungen, Umweltverträglichkeitsstudien und weitere Untersuchungen in dem Gebiet 30 Kilometer westlich der Hauptstadt Suva durchführen. Der Einwilligung vorausgegangen waren Verhandlungen des Konzerns mit den traditionellen Landeignern, die die Verschmutzung ihrer Umwelt durch den Tagebergbau fürchten. Man einigte sich darauf, dass das Joint Venture bis zum Jahr 2015 eine Umweltverträglichkeitsstudie (Environmental Impact Assessment) sowie eine Machbarkeitsstudie durchführt und dass erst zu diesem späten Zeitpunkt über eine Minenlizenz entschieden wird.

Info: Das „Namosi Joint Venture“ plant den Bau zweier Gold- und Kupferminen in den Provinzen Namosi und Naitasiri. (Artikel von Julia Ratzmann. Quellen: <http://www.njv.com.fj/>, PNG Mine Watch 18.09.12)

VANUATU

Wahlergebnisse 2012

Am 30. Oktober fanden die Parlamentswahlen für das 52-sitzige Parlament der Republik Vanuatu statt, die letzten Wahlen waren 2008. Mit 63 % lag die Wahlbeteiligung hoch, insgesamt gaben 121.792 von 192.632 registrierten Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Nur in den beiden Großstädten Port Vila (51 %) und Luganville (56 %) war die Wahlbeteiligung gering. Insgesamt konkurrierten 346 Kandidaten von 32 Parteien um die 52 Sitze im Parlament, darunter 17 Frauen. Keine der Kandidatinnen wurde letztendlich ins Parlament gewählt.

Zu den Wahlsiegern gehört die „Vanua'aku Pati“ des ehemaligen Premierminister Edward Natapei. Sie errang acht Sitze im Parlament. Die „Vanua'aku Pati“ war seit der Unabhängigkeit 1980 über elf Jahre hinweg unter Vorsitz des anglikanischen Pfarrers Father Walter Lini die regierende Partei in Vanuatu. Sie war mit 28 Kandidaten angetreten und hatte sich mindestens zehn Sitze im Parlament erhofft. Sechs Sitze bekam die „People's Progressive Party“ unter Vorsitz des scheidenden Premierministers Sato Kilman.

Jeweils vier Plätze errangen die Partei „Terre et Justice“ unter Vorsitz von Ralph Regenvanu, die „National United Party“ unter Leitung von Ham Lini und die unabhängigen Kandidaten.

Herbe Stimmenverluste erlitten der ehemalige Premierminister und Ex-Parlamentspräsident Maxime Carlot im Wahlbezirk Efate und der ehemalige Finanzminister Sela Molisa auf der Insel Santo. Der gebürtig aus Frankreich stammende Carlot verlor nach 30 Jahren Mitgliedschaft im Parlament seinen Sitz.

Am 19. November trat das Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Mit 29:23

Stimmen wurde Sato Kilman in seinem Amt als Premierminister bestätigt. Kilman kündigte die Bildung einer Koalition an und bestimmte zugleich sein Kabinett. Zum Vize-Premierminister ernannte er erneut Ham Lini (National United Party). Ihm übergab er ebenfalls das Ministerium für Handel, Wirtschaft und Industrie. In die wichtigen Positionen von Finanz- und Außenminister berief Kilman Herrn Charlot Salwai von der Partei „Reunification Movement for Change“ (Finanzen) und Herrn Alfred Carlot von der Partei „Natatok Indigenous People's Democratic Party“. Zum Parlamentssprecher wurde George Andre Wells von der „People's Progressive Party“ ernannt.

(Radio NZ. Intern. 31.10.12, 07.11.12, Flash d'Océanie 07.11.12, <http://www.pacificpolicy.org/blog/category/vanuatu-election-2012/>)

Beitritt zur IUCN

Vanuatu ist Ende September der internationalen Nichtregierungsorganisation „International Union for Conservation of Nature and Natural Resources“ (IUCN, Internationale Union für die Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen) beigetreten. Die IUCN hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen für den Natur- und Artenschutz zu sensibilisieren und so zu beeinflussen, dass eine nachhaltige und schonende Nutzung der Ressourcen sichergestellt ist. Die IUCN erstellt unter anderem die Rote Liste gefährdeter Arten und kategorisiert Schutzgebiete mittels der *World Commission on Protected Areas*.

Taholo Kami, Direktor der Regionalabteilung Ozeanien bei der IUCN, begrüßte den Beitritt Vanuatus und bezeichnete den Inselstaat als „melanesischen Hotspot“ im Bereich der Biodiversität, was die Fülle an endemischen Arten sowie die Vielfalt der Tiefsee angeht.

Die IUCN hat bereits seit längerer Zeit beratend die Regierung von

Vanuatu unterstützt. So wurde die Energieversorgung des Staates unter die Lupe genommen und überlegt, wie die Energiewende hin zur Nutzung erneuerbarer Energien ausfallen könne. Die IUCN hatte ebenfalls bei der Umsetzung des „Mangrove Ecosystems for Climate Change Adaptation and Livelihoods Project“ beraten, hier geht es um den Anbau von Mangrovenwäldern zum Schutz gegen die Folgen des Klimawandels.

(<http://www.iucn.org/about/union/secretariat/offices/usa/?10733/Vanuatu-joins-the-Union>, *Flash d'Océanie* 24.09.12)

Weltrisikobericht vorgelegt

Anlässlich des „Internationalen Tages zur Verhinderung von Katastrophen“ am 13. Oktober hat das „Bündnis Entwicklung hilft“ in Kooperation mit „United Nations University“ seinen zweiten „WorldRiskReport 2012“ vorgestellt. Demnach schneiden Vanuatu und Tonga besonders schlecht ab. Sie stehen auf Rang eins und zwei des Berichts und sind dabei in allen fünf gemessenen Bereichen besonders risikofähig für Naturkatastrophen sowie wirtschaftliche und soziale Probleme. Im Einzelnen hat Vanuatu einen so genannten „Welt-RisikoIndex“ von 36,31 % (Tonga 28,62 %). Mit 63,66 % (Tonga 55,27 %) ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, Naturgewalten ausgesetzt zu sein. Das liegt an der geographischen Lage Vanuatus am „Ring of Fire“, einem unterseeischen Vulkangürtel im Pazifischen Ozean, sowie seiner Lage inmitten des für Tropenstürme anfälligen Westpazifiks. Die Bevölkerung Vanuatus ist zu 57,04 % (Tonga 51,78 %) besonders verwundbar in Bezug auf zu erwartende innergesellschaftliche Konflikte. Auch die so genannte „Anfälligkeit“ ist mit 34,17 % (Tonga 27,91) wesentlich höher als bei anderen Staaten. Die Anfälligkeit wird gemessen in Abhängigkeit von Infrastruktur, Ernährung, Wohnsituation und ökonomischen Rahmenbedingungen.

Nahezu gleichgroß ist bei beiden Pazifikstaaten der Mangel an Bewältigungskapazitäten im Fall von Katastrophen (81,19 %). 55,78 % (Tonga 46,11) beträgt der Mangel an Anpassungskapazitäten, bezogen auf kommende Naturereignisse und den Klimawandel.

Auf Rang sechs des Weltrisikoberichtes stehen übrigens die Salomonen, auf Rang neun Timor-Leste.

Info: Der WeltRisikoBericht (WRB) besteht aus einem Index, einem Schwerpunktthema und Fallbeispielen. Der Index stellt das Katastrophenrisiko für verschiedene Länder bzw. Regionen dar. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Fragen der Gefährdung bzw. Exposition gegenüber Naturgefahren und der durch den Klimawandel bedingten Meeresspiegelhöhung sowie der gesellschaftlichen Vulnerabilität (Verwundbarkeit) in Form der Anfälligkeit der Bevölkerung und ihren Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten. Ergänzendes Schwerpunktthema des Berichtes 2012 ist „Umweltzerstörung und Katastrophen“.

(*Radio Australia* 11.10.12, <http://www.weltrisikobericht.de>, http://www.worldriskreport.com/uploads/media/WeltRisikoBericht_2012_Fact-Sheet.pdf)

Zollfreie Wareneinfuhr nach China

Der neue chinesische Botschafter in Vanuatu, Xie Bohua, und der stellvertretende Premierminister von Vanuatu, Ham Lini, haben Anfang September ein bereits 2010 geschlossenes Abkommen über die zollfreie Einfuhr von vanuatischen Waren nach China verlängert. Damit dürfen auch im kommenden Jahr über 95% aller Produkte aus Vanuatu ohne Zollabgabe in die Volksrepublik China exportiert werden. Beschränkte sich die Zollfreiheit im Juli 2010 noch auf 60% aller Produkte, wird China im Jahr 2013 auf 95% aller Produkte keine Einfuhrgebühren

erheben. Dieses so genannte „Zero-Tariff Agreement“ lässt China seit 2008 allen Entwicklungshilfelandern zuteil werden, um die Wirtschaft in den jeweiligen Ländern anzukurbeln und sie bei der Einhaltung der „Millenium Development Goals“ zu unterstützen.

Vize-Premier Lini bedankte sich bei dem chinesischen Botschafter für die langjährige Unterstützung auch im Bereich der Entwicklungshilfe. Er betonte die engen freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten. Auch Botschafter Bohua wies auf die langjährigen guten Beziehungen zu Vanuatu hin und erklärte, das chinesische Volk sei den Ni-Vanuatus sehr freundlich gesinnt. (*Vanuatu Daily Post* 06.09., 07.09.12)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Zerstörung der „Cases Kanak“ in Nouméa

Unter polizeilicher Aufsicht hat die Stadtverwaltung am frühen Dienstagmorgen des 13. Novembers 2012 neun „Cases Kanak“ in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa von Bulldozern zerstören lassen. Die Hütten waren anlässlich der „Fête de la citoyenneté calédonienne“ (Feier der neukaledonischen Staatsbürgerschaft) am 24. September 2012 gegenüber den Marktständen an der „Baie de Moselle“ im Zentrum von Nouméa errichtet worden. Sie standen in der Nähe der Kulturstätte „Mwâ kê“, das die Rückkehr der indigenen Bevölkerung in das als „weiße Stadt“ bezeichnete Nouméa darstellt.

Für den Bau der „Cases“ hatten die Veranstalter „Comité des 150 ans“, das sind die neukaledonische Regierung und der französische Staat, eine Einigung erzielt, die besagte, dass die Hütten vorübergehend in der Stadt bleiben sollten. Vom „Comité des 150 ans“ wurden sie jedoch in Beton

gegossen. Und während der Feierlichkeiten am 24. September hatte ein neugegründeter Verein „La tribu dans la ville“ (das Kanak-Dorf in der Stadt) eine Petition in Umlauf gebracht und mehrere tausend Unterschriften für den dauerhaften Verbleib der „Cases“ gesammelt.

Die „Case“ besitzt für die indigene Bevölkerung der Kanak symbolische Bedeutung. Ein Abreißen oder Versetzen ist kaum möglich, da es einen Identitätsverlust nach sich ziehen würde. Die Debatte schlug weite politische Kreise, da einige Kanakgruppen die „Cases“ nicht anerkannten und damit auch die Symbolkraft herabsetzten.

Die Stadtverwaltung und offizielle Stellen schrieben: „*Das Gesetz ist mit der Ordnung*“. Der Jura-Professor M. Chauchat (Université de la Nouvelle-Calédonie) zweifelt diese These jedoch an und kritisiert das Abreißen als illegal. Er argumentiert, dass die Hütten um 4 Uhr morgens unter den Augen des Bürgermeisters von Nouméa und des französischen Hochkommissars von Bulldozern ohne Vorwarnung zerstört wurden. Die Fahrer der Bulldozer trugen Masken, um nicht möglichen Racheakten ausgesetzt zu sein. M. Chauchat erklärte, dass die Stadtverwaltung Selbstjustiz geübt habe, da kein Anwalt vor dem Abriss eingeschaltet worden war. In Notfällen könnte „Selbstjustiz“ gerechtfertigt sein, doch in diesem Fall gab es keine Eile. Die Stadtverwaltung hatte mehrere Wochen Zeit, ihren Einsatz durch eine richterliche Entscheidung zu rechtfertigen. Am Vorabend des Besuchs des französischen Überseeministers wollte die Stadt Härte zeigen. Für viele Kanak zeigt das Ereignis, dass die Stadtverwaltung von Nouméa nicht gewillt ist, eine symbolische Präsenz der indigenen Bevölkerung im Stadtzentrum zu dulden. Hinzu kommt, dass die Kanak politisch gespalten sind und nicht geschlossen hinter dem Projekt „La tribu dans la ville“ standen – die Stadtverwaltung hatte „leich-

tes Spiel“.

Dieses Ereignis zeigt die wachsenden politischen Spannungen in Neukaledonien, wo im Zeitraum 2014 bis 2018 ein Referendum über die politische Unabhängigkeit ansteht. Während die indigene Bevölkerung der Kanak, die mit ca. 40% die größte Bevölkerungsgruppe stellt, in der Mehrheit für die Unabhängigkeit ist, steht die europäischstämmige Bevölkerung einer „Abspaltung von Frankreich“ kritisch gegenüber. Sie wünscht die französische Präsenz in der ehemaligen Kolonie.

Fotos von der Zerstörung sind auf folgender Internetseite zu finden: <http://libertesinternets.wordpress.com/2012/11/14/destruction-des-cases-kanak-construites-au-coeur-de-noumea/#>

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Matthias Kowasch, Nouméa. Quelle: <http://larje.univ-nc.nc/>)

Sondergesandter nimmt Arbeit auf

Yves Lafoy ist am 15. November in das Amt des neu geschaffenen „Sondergesandten für Neukaledonien“ in der französischen Botschaft von Wellington eingeführt worden. Er soll die Interessen des französischen Überseegebietes in besonderer Weise vertreten, dabei jedoch bewusst in die Botschaft des französischen Mutterlandes eingebunden bleiben.

Das neue Amt geht zurück auf ein Kooperationsabkommen vom Januar 2012 zwischen der französischen Regierung und den Regierungen von Pazifikstaaten, die in direkter Nachbarschaft zu französischen Überseegebieten liegen bzw. die enge Beziehungen zu Frankreich pflegen. Lafoy ist der erste in einer Reihe von Sondergesandten, die in naher Zukunft in den französischen Botschaften von Australien, Vanuatu und Fidschi stationiert werden sollen.

Lafoy wurde im Beisein von Harold Martin, dem Präsidenten der neukaledonischen Regierung, und Francis Étienne, dem französischen Botschafter in Neuseeland, in der Botschaft willkommen geheißen.

Lafoy wird drei Aufgaben haben: Er soll Neukaledonien in Neuseeland repräsentieren, er soll gemeinsame Projekte beider Staaten koordinieren und er soll neue Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten knüpfen.

Lafoy bezeichnete sich selbst scherzhaft als „Monsieur Nouvelle-Calédonie“. (http://www.ambafrance-nz.org/spip.php?page=mobile_art&art=2739, Flash d'Océanie 15.11.12)

Engere Beziehungen zu Fidschi

Neukaledonien und Fidschi wollen zukünftig noch enger kooperieren. Das ist das Ergebnis eines Treffens zwischen Harold Martin, dem Präsidenten der Territorialregierung, und Ratu Inoke Kubuabola, dem fidschianischen Diplomaten und Minister für auswärtige Angelegenheiten.

Ratu Kubuabola war als Vorsitzender einer Besuchergruppe mit Vertretern der „Melanesian Spearhead Group“ nach Nouméa gereist, um sich vor Ort über die Entwicklungen bei der Erfüllung des so genannten „Nouméa-Akkord“ zu informieren.

Minister Kubuabola erklärte, Fidschi strebe vor allem engere wirtschaftliche Beziehungen zu Neukaledonien an. Auch im Hinblick auf das zu erwartende Referendum über den politischen Status von Neukaledonien in den nächsten fünf Jahren und die für 2014 geplanten demokratischen Wahlen in Fidschi könne man viel voneinander lernen und sich austauschen, bekräftigte der Fidschianer. (*Fiji Sun* 06.08.12, *Flash d'Océanie* 17.08.12, *Islands Business online*)

MIKRONESIEN

Erfolgreiches Recycling

Kosrae: Bereits zum zweiten Mal ist die Abfallverwertungsfirma „Micronesia Eco Corp“ auf der Insel Kosrae für den „Energy Globe Award“ nominiert worden. Bereits im Jahr 2010 war die Firma mit diesem Preis ausgezeichnet worden.

Die „Micronesia Eco Corp“ ist Betreiber der „Kutkut Mwo Materials Recovery Facility“, einer Mülldeponie für Wertstoffe wie Aluminium, Glas und Papier. Geschäftsführerin des Unternehmens ist die Italienerin Maria Gazia Fanelli, die vor fünf Jahren als Tauchtouristin nach Kosrae kam und sich dort in den Leiter von „Micronesia Eco Divers“ verliebte. Gemeinsam mit ihrem Mann betreibt Maria Fanelli auch ein Bio-Restaurant in Lelu sowie ein Öko-Resort, das „Pacific Treelodge Resort“.

Die „Micronesia Eco Corp“ sammelt monatlich Wertstoffe auf ganz Kosrae ein und bringt diese zur Mülldeponie, wo verwertbare Materialien wie Getränkedosen gepresst und per Container zur Wiederverwertung nach Korea, China und Hongkong verschifft werden. Die Kosten für das Recycling tragen sich nahezu von selbst, denn auf Getränkedosen, Glasflaschen, Autobatterien und Plastikbehältern ist ein Pfand, dass direkt an Micronesia Eco Corp geht. Im letzten Jahr konnte die Firma so 85.000 US-Dollar an Pfandgeldern einnehmen.

Die „Kutkut Mwo Materials Recovery Facility“ wurde durch Gelder des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen finanziert und anschließend an die Regierung von Kosrae übereignet. Diese verpachtete die Anlage an die von Maria Fanelli gegründete „Micronesia Eco Corp“. Ihr Unternehmen führt die Italienerin unter

dem Wahlspruch: „Our island, our life, our responsibility“.

Info: Die Insel Kosrae im Osten des Pazifiks bildet mit acht weiteren Inseln die gleichnamige Gruppe der Kosrae-Inseln, die zu dem Karolinen-Archipel gehören, dem östlichsten Bundesstaat der Föderierten Staaten von Mikronesien.

Der „Energy Globe Award“ ist ein Umweltpreis der *Energy Globe Foundation*. Dabei werden Projekte mit Fokus auf Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Einsatz erneuerbarer Energien prämiert. Dieser „Weltpreis für Nachhaltigkeit“ wird in den Kategorien Erde, Feuer (Energie), Wasser, Luft und Jugend vergeben. Der Energy Globe wurde im Jahr 2000 durch eine Initiative in Österreich ins Leben gerufen. Er wird als regionale, nationale und internationale Auszeichnung jährlich vergeben.

Ziel des Energy Globe Award ist es, ein Bewusstsein für die Lösung von Umweltproblemen zu schaffen und aufzuzeigen, dass jeder einen positiven Beitrag dazu leisten kann. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum 22.11.12, <http://www.energyglobe.info/>, Wikipedia*)

Rotierende Soldaten

Guam: Zwei Drittel der voraussichtlich ab dem Jahr 2015 auf Guam stationierten amerikanischen Soldaten werden sich dort nur für jeweils sechs Monate aufhalten. Jedes halbe Jahr sollen diese 3.300 Soldaten einer Einheit durch eine neue, frische Einheit ersetzt werden. Dies erklärte Major Darren Alvarez, der Vize-Direktor des „Joint Guam Program Office“, Ende Oktober bei einer Anhörung im Parlament von Guam. Das so genannte „Unit Deployment Program“ sei ein gängiges Truppenstationierungsprogramm der amerikanischen Armee, so der Major. Die Soldaten seien in den USA oder auf Hawai'i stationiert, hier hätten sie

ihren Lebensmittelpunkt mit „*Familie, Haus, Hund und Garten*“, erklärte der Major. Sechs Monate im Jahr würden sie dann in anderen Ländern eingesetzt, behielten aber ihren Standort in der „Heimat“ bei und könnten auch dort hin reisen.

Major Alvarez bemühte sich bei der Anhörung, den Menschen aus Guam das Rotationsprinzip schmackhaft zu machen. Zwar würden diese Zeitsoldaten keine großen Investitionen wie etwa ein Haus oder ein Auto tätigen, doch würden sie im Endeffekt viel mehr Geld ausgeben als permanent stationierte Soldaten. *„Unsere Soldaten werden die Abende nicht in der Kaserne verbringen, sie wollen Spaß haben und das kulturelle Angebot sowie die Freizeitmöglichkeiten von Guam voll ausnutzen“*, beruhigte der Major die Geschäftsleute, die sich von der Stationierung der Soldaten hohe wirtschaftliche Gewinne versprechen.

Info: Ursprünglich wollte die amerikanische Armee 8.600 Marinesoldaten aus dem japanischen Okinawa abziehen und diese gemeinsam mit rund 9.000 Angehörigen auf dem neu zu erbauenden Marinestützpunkt „Finegayan“ bei Dededo stationieren. Die Aussicht, knapp 18.000 Menschen zusätzlich auf der bereits dicht besiedelten Insel unterzubringen, hatte zu starken Protesten geführt. Daraufhin hatten sich die Regierungen von Amerika und Guam geeinigt, nur 5.000 Soldaten und 1.300 Angehörige auf Guam zu stationieren. Wie Major Alvarez erklärte, werden von diesen 5.000 Soldaten nur 1.700 fest auf Guam wohnen, die restlichen 3.300 werden dem oben genannten Rotationsprinzip unterliegen. Diese Soldaten sollen abwechselnd in Hawai'i, Australien und den Philippinen eingesetzt werden. (*<http://guambuildupnews.com>, Pacific Daily News 24.10.12, Fox News 08.02.12, <http://www.cnbc.navy.mil/guam/>*)

Preisträger von den Marshallinseln

Marshallinseln: Senator Tony de Brum, Mitglied im Repräsentantenhaus *Nitijela* der Marshallinseln, hat den diesjährigen Friedenspreis („Distinguished Peace Leadership Award“) der „Nuclear Age Peace Foundation“ erhalten. De Brum wurde für sein Engagement um die lückenlose Aufklärung der Folgen der amerikanischen Atombombentests auf den Marshallinseln geehrt. Die Preisverleihung fand Mitte Oktober im „Four Seasons Resort“ in Santa Barbara (Kalifornien) statt.

Tony de Brum war Außen- und Gesundheitsminister der Marshallinseln. Derzeit ist er persönlicher Assistent des Präsidenten („Minister in Assistance to the President“) und Mitglied im Repräsentantenhaus für das Kwajalein-Atoll. Der 1945 auf dem Atoll Likiep geborene de Brum hat viele der amerikanischen Atomwaffentests beobachten können, darunter auch den Test der „Bravo-Bombe“ auf dem Bikini-Atoll am 1. März 1954. Zeit seines politischen Engagements hat er sich für Frieden, Gerechtigkeit und eine atomwaffenfreie Welt eingesetzt.

Tony de Brum widmete seinen Preis den traditionellen Führern auf den Inseln, die sich seit Jahren für die von den amerikanischen Testgeländen auf Bikini, Rongelap, Eniwetok und Utrik vertriebenen Menschen einsetzen und nach Möglichkeiten einer Wiederbesiedlung der verstrahlten Atolle suchen.

Info: Die „Nuclear Age Peace Foundation“ wurde 1982 von dem Anti-Atomkraft-Aktivisten und Autor zahlreicher Fachbücher David Krieger gegründet. Er ist bis heute der Vorsitzende dieser Stiftung. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich für eine atomwaffenfreie Welt ein. Sie ist von den Vereinten Nationen als „Friedensbotschafter“ anerkannt („Peace Messenger Organisation“). (*Wikipedia, Marshall Islands Journal*)

26.10.12,
<http://www.wagingpeace.org/menu/programs/public-events/evening-for-peace/2012/debrum.htm>

Namdrik wird Schutzgebiet

Namdrik: Das Atoll Namdrik in den Marshallinseln ist Mitte September zu einem Naturschutzgebiet im Sinne der Ramsar-Konvention ernannt worden. Nach dem Atoll Jaluit ist das Atoll Namdrik nun bereits das zweite besonders geschützte Feuchtgebiet der Inseln.

Namdrik besteht aus zwei bewaldeten Inseln, die eine Lagune umschließen. Im Gegensatz zu vielen anderen Atollringen gibt es in die Lagune von Namdrik keine schiffbare Durchfahrt. Zwei durch Regenwasser aufgefüllte Süßwasserlinsen im Kalkgestein der Inseln sorgen für beständiges Frischwasser. In den großen Mangrovenwäldern leben über 150 verschiedene Fischarten. Das Atoll ist auch Laichplatz der vom Aussterben bedrohten Grünen Meeresschildkröte und der Echten Karettschildkröte.

Info: Die Ramsar-Konvention (benannt nach der Stadt Ramsar im Iran) wurde 1971 als völkerrechtlicher Vertrag geschlossen. Das „Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Wattvögel von internationaler Bedeutung“ soll Feuchtgebiete schützen, die internationale Zusammenarbeit beim Schutz dieser fördern und dem Informationsaustausch über die weltweiten Feuchtgebiete dienen.

(http://www.ramsar.org/cda/en/ramsar-news-archives-2012-marshall-namdrik/main/ramsar/1-26-45-520%5E25892_4000_0__, *Marshall Islands Journal* 14.09.12)

Yap verweigert sich dem Tourismus

Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM): Der Bundesstaat Yap in den FSM verweigert sich dem Ausbau zum Touristen-Mekka. Der chinesische Investor „Exhibition and Travel Group“ wollte auf der Insel Yap nahe der Hauptstadt Colonia ein Luxushotel, ein Spielkasino sowie einen Golfplatz bauen, um bis zum Jahr 2020 jährlich über 10.000 Besucher anzulocken. Auf den 145 Inseln von Yap leben nur 11.000 Menschen.

Die „Yap State Legislature“ hat den Plan des chinesischen Tourismusanbieters einstimmig abgelehnt und sich mit einer eindringlichen Petition an Gouverneur Sebastian Anefal gewandt. Dieser befürwortet das Projekt, wird es aber nicht durchführen können, wenn sich das Parlament dagegen ausspricht. Bislang haben die Gegner des Projektes 1.500 Unterschriften gesammelt.

Widerstand gegen das Großprojekt kommt auch seitens der Jesuiten, die seit Jahren in den FSM tätig sind. Ein Massentourismus-Projekt könne Yap nicht vertragen, so der Jesuitenpriester John Hagileiram. Angeblich sollten über 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, dafür gebe es nicht genug Arbeitskraft auf Yap und es müssten Arbeitskräfte „importiert“ werden, was zu vielfältigen sozialen Problemen führen würde, so der engagierte Geistliche.

Der chinesische Konzern hält weiter an seinen Plänen fest und hat angekündigt, den Regionalflughafen auf Yap zu einem internationalen Flughafen umbauen zu wollen sowie die gesamte Infrastruktur auf der Insel renovieren zu lassen. Auch ein Krankenhaus werde man bauen, versprach ein Sprecher des Tourismusanbieters. (*Pacific Beat* 19.09.12, *Marshall Islands Journal* 21.09.12)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Erneute Truppen nach Afghanistan

Tonga: Mitte September ist das bereits fünfte Truppenkontingent tongaischer Soldaten von Premierminister Lord Tu'ivakano und dem Oberkommandierenden der „Tonga Defence Services“, Brigadegeneral Tau'aika Uta'atu, am Standort der tongaischen Armee, dem Taliai Camp, verschiedentlich worden. Die 55 Soldaten unter dem Kommando von Toni Fonokalafi werden zunächst sechs Wochen in Großbritannien verbringen, bevor sie für geplante zwei Jahre im britischen „Camp Bastion“ in der Provinz Helman in Süd-Afghanistan stationiert werden.

Da die NATO den Truppenabzug aller Soldaten aus Afghanistan bis Ende 2013 plant, kann die Dauer des Afghanistan-Einsatzes der Tongaer eventuell verkürzt werden.

Der König von Tonga hatte im Jahr 2010 eine Einladung der britischen Regierung erhalten, sich mit einem eigenen Truppenkontingent am Afghanistan-Einsatz der Briten zu beteiligen. Tonga ist Mitglied im britischen Commonwealth.

Bis dato hat Tonga fünf Truppenkontingente an den Hindukusch entsandt. (*Matangi Tonga* 12.09.12)

Eröffnung des „Cultural Village“

Samoa: Mitte Oktober hat in Apia auf dem Gelände der „Samoa Tourism Authority“ nahe des Hafens das „Cultural Village“ eröffnet. An fünf Tagen pro Woche können die Besucher in diesem Dorf traditionelle Zeremonien und

kulturelle Praktiken kennen lernen. So findet im Dorf täglich eine *awa*-Zeremonie statt und es wird einmal wöchentlich ein traditionelles Essen im Erdofen *umu* gekocht. Schnitzkünstler, Tätowierer und Mattenflechterinnen zeigen ihr Können und laden zum Mitmachen ein. In einer großen *fale* finden Tanzvorführungen statt.

Die samoanische Tourismusbehörde hatte die Idee zu dieser Einrichtung, nachdem vor allem die sich nur für wenige Stunden in der Stadt aufhaltenden Kreuzfahrt-Touristen nach authentischen Eindrücken vom Leben in einem typischen samoanischen Dorf fragten. Meistens haben die Kreuzfahrer nur drei bis vier Stunden Aufenthalt in Apia und deshalb keine Möglichkeit, ein Dorf zu besuchen.

Die Tourismusbehörde hat bereits einen Kooperationsvertrag mit dem nahegelegenen Luxushotel „Aggie Greys“ geschlossen. Die Hotelleitung bietet ihren Gästen ab sofort einen geführten Rundgang durch das Dorf an.

(*Samoa Observer* 20.10.12, <http://www.talamua.com/cultural-village-for-tourists-long-overdue-event/>)

Premier befürwortet Recht auf Selbstbestimmung

Samoa: Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi hat sich bei seiner Rede vor der 67. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 28. September für das Recht auf Selbstbestimmung von Französisch-Polynesien ausgesprochen. Man habe den Samoanern die Möglichkeit gegeben, frei über ihren politischen Status zu entscheiden und in diesem Jahr feiere man den 50. Jahrestag der Unabhängigkeit. Noch gebe es Länder im Pazifik, denen diese freie Wahl verweigert blieb, mahnte der Premier an. Samoa ermutige Metropolen-Frankreich, gemeinsam mit der Territorialregierung und mit Unterstützung der Vereinten Nationen eine Lö-

sung zu finden, damit die Polynesier von ihrem Recht auf politische Selbstbestimmtheit Gebrauch machen könnten, sagte der Premier.

(<http://papersmart.un.org/ga/sites/papersmart.un.org/files/samoa-english.pdf>, *Radio NZ Intern.* 30.09.12)

Buchhaltungskurse für Frauen

Samoa: Das „South Pacific Business Development Network“ (SPBD) hat Ende Oktober das „Financial Literacy Programme“ für samoanische Kleinstunternehmerinnen ins Leben gerufen. Dieses Projekt wurde von Dr. Gaamaa Hishigsuren entwickelt, einer Finanzexpertin der Weltbank. In mehrwöchigen Kursen erhalten die Frauen Unterricht in Buchhaltung, Volkswirtschaft, Steuerrecht und Betriebswirtschaft und sind nach erfolgreichem Abschluss in der Lage, ein kleines Unternehmen selbständig zu führen.

Über die SPBD erhalten tausende Frauen in Samoa Mikrokredite, um sich selbständig zu machen und zum Familieneinkommen beizutragen. Nach Abschluss des von „Financial Diary Trainings“ durchgeführten Lehrgangs werden die Frauen weiter von Trainern beraten und auf ihrem beruflichen Weg begleitet.

Bis dato hat die SPBD 21,2 Millionen US-Dollar an 30.000 Frauen in Samoa vergeben.

(<http://www.spbdmicrofinance.com/news/financial-literacy-underprivileged-women>, *Samoa Observer* 29.10.12)

Meeresschutzzone ausgerufen

Cookinseln: Die Cookinseln haben Ende August dieses Jahres die bisher größte Meeresschutzzone der Welt ausgerufen. Das 1,1 Millionen Quadratkilometer große Gebiet ist in etwa so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen.

In der Schutzzone „Cook Islands Marine Park“ ist kommerzieller Fischfang verboten. Der Regierungschef der Cookinseln, Henry Puna, erklärte, die Meeresschutzzone schaffe den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Mit dem Verbot des kommerziellen Fischfangs schaffe man die Balance zwischen dem Wirtschaftswachstum einerseits und dem Erhalt der Biodiversität andererseits, so Puna. Er schließe die Weiterentwicklung des Tourismus und die wirtschaftliche Entwicklung der Region damit nicht aus, betonte Puna. Auch sei der Tiefseebergbau in der exklusiven ökonomischen Zone der Cookinseln denkbar. Jedoch müsse man bei allen geplanten Aktivitäten den Nachhaltigkeitsaspekt berücksichtigen. Der Schutz des Lebensraums Ozean habe oberste Priorität.

Info: Die Cookinseln bestehen aus 15 Atollen mit einer Gesamtfläche von nur 240 Quadratkilometern. Ein Großteil der knapp 18.000 Einwohner sind „Cook Islands Maori“. (RP online 31.08.12, http://www.conservation.org/global/marine/initiatives/oceanscapes/Documents/CI_Cook_Islands_Marine_Park.pdf, <http://www.birdlife.org/community/2012/09/cook-islands-unveils-worlds-largest-marine-park/>)

Kooperation mit US-Samoa

Cookinseln: Ende September ist die erste Lieferung von rohem Tunfisch in der Konservenfabrik „StarKist Samoa“ in Satala eingetroffen und verarbeitet worden. Die neue Kooperation zwischen den Cookinseln und Amerikanisch-Samoa geht zurück auf ein „Memorandum of Understanding“ zwischen dem Gouverneur von US-Samoa, Togiola Tulafono, und dem Minister für marine Ressourcen der Cookinseln. Bei dem Gipfeltreffen des „Pacific Islands Forum“ im August auf Rarotonga (Cookinseln) hatten die Vertreter der jeweiligen Staaten vereinbart, dass zukünftig Tunfisch der Gattung „Albacore“ in die Fabrik nach

US-Samoa verschifft wird, um dort unter dem Markennamen „Cook Islands Golden Tuna“ weiterverarbeitet zu werden. Die Tunfischdosen werden dann in die Cookinseln reimportiert bzw. auf den asiatischen Markt gebracht.

Der Gouverneur von US-Samoa betonte die Vorteile der ausländischen Verarbeitung des Tunfisches für die Cookinseln. Der Dieseltreibstoff für die Fischfangboote sei auf US-Samoa um ca. 30 % günstiger als auf den Cookinseln. So könnten die Fischer ohne Umwege über die Cookinseln mit ihrem Fang auch direkt nach US-Samoa kommen, hier den Fisch entladen, günstig auf-tanken und weiterfahren. Auch für die Seeleute sei ein Stopp in US-Samoa attraktiv, denn hier könnten sie Waren günstiger einkaufen als auf den Cookinseln.

Ein weiterer Bestandteil des Memorandums sieht die Stationierung eines „Fischereibeauftragten“ der Cookinseln in Pago Pago vor. Dieser könne sich dann vor Ort um die Fischfangflotten der Cookinseln kümmern und als Ansprechpartner für die Besatzung und die Kapitäne der Boote dienen. Der Fischereibeauftragte soll beim Ministerium für marine Ressourcen der Cookinseln angestellt werden und diesem dienstverpflichtet sein.

Gouverneur Tulafono zeigte sich erfreut über das Kooperationsabkommen, sichert es doch den Beschäftigten bei StarKist Arbeitsplätze. Er könne sich eine derartige Zusammenarbeit auch mit anderen tunfischfangenden Pazifikstaaten wie Kiribati, Vanuatu, Nauru und den Salomonen vorstellen, erklärte der Gouverneur. (The Samoa News 06.09., 11.09.12, <http://www.talane.com/Governor-happy-about-Cooks-canned-tuna-venture/14205036>)

Niue bekommt PEC-Gelder

Niue: Vier Millionen US-Dollar soll Niue aus den Geldern des „Pacific Environment Community Fund“ (PEC) erhalten. Das vereinbarten der Premierminister der mit Neuseeland assoziierten Insel, Toke Talagi, sowie der Generalsekretär des Sekretariats des „Pacific Islands Forum“, Tuiloma Neroni Slade, Anfang November. Die Gelder sollen zweckgebunden für die Installation von Photovoltaikanlagen zum Betrieb von Stromgeneratoren eingesetzt werden. Damit will sich Niue unabhängiger vom Import fossiler Treibstoffe machen. 137.000 NZ-Dollar könne man mit Hilfe der Solaranlagen künftig jährlich einsparen, veranschlagte der Premier.

Derzeit werden rund 10% der benötigten Energie auf der Insel durch erneuerbare Energien gedeckt. Ähnlich wie Tokelau strebt Niue eine 100%-ige Energieabdeckung durch die Nutzung erneuerbarer Energien an. Auch hier ist die neuseeländische Firma PowerSmart Solar für den Betrieb der Photovoltaikanlagen zuständig.

Info: Der PEC-Fund ist ein Gemeinschaftsprojekt der Mitgliedsländer des Pazifischen Forums in Zusammenarbeit mit der Regierung von Japan. Bereits 2009 hatte Japan angekündigt, 66 Millionen US-Dollar einem Umweltfonds zur Verfügung zu stellen, aus dem heraus die pazifischen Inselstaaten Projekte im Kampf gegen den Klimawandel finanzieren können. Schwerpunktmäßig sollen nach Vorgaben der japanischen Regierung Solaranlagen und Meerwasserentsalzungsanlagen aus den PEC-Geldern unterstützt werden. (Pressemitteilung Pacific Islands Forum 09.11.12, Flash d'Océanie 08.10.12)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Massive Ermittlungen gegen korrupte Politiker und Gewerkschaftler

Frz. Polynesien: Nach Jahrzehnten der Nachlässigkeit hat die französische Justiz in Tahiti damit begonnen, härter gegen Korruption unter Politikern und Gewerkschaftern durchzugreifen.

Gegen den ehemaligen Präsidenten der Landesregierung und jetzigen Senator Gaston Flosse laufen zur Zeit zwei Prozesse, einer wegen Bestechungsgeldern in Millionenhöhe, die der mitangeklagte französische Geschäftsmann Hubert Haddad an Flosses Partei gezahlt haben soll, der andere Prozess um die „fiktive Beschäftigung“ (d.h. Tarnung von Bestechungsgeldern als Gehälter für fiktive geleistete Arbeit) zahlreicher mitangeklagter Parteifreunde und Gewerkschafter im Präsidentschaftsamt während Flosses Regierungszeit.

Flosse und seine Mitangeklagten waren bereits in erster Instanz zu einer Haftstrafe verurteilt worden, hatten aber Berufung eingelegt. Den Angeklagten drohen mehrjährige Haftstrafen und die Aberkennung ihrer Bürgerrechte, d.h. im Falle einer Verurteilung würden sie ihre politischen Ämter verlieren und dürften bei den folgenden Wahlen nicht mehr antreten. Flosse hat aber bereits angekündigt, im Falle einer Verurteilung das Urteil erneut in Frage zu stellen, womit er genügend Zeit gewinnen würde, bei den nächsten Territorialwahlen im April 2013 antreten zu können.

Ende Oktober begann die Justiz zudem Ermittlungen gegen die Gewerkschafter Cyril Legayic und Gaston Tetuanui sowie den Geschäftsmann Bill Ravel, die in Untersuchungshaft genommen wurden. Mehrere Gewerkschaften in Tahiti haben seit Jahren den Ruf,

als eine Art Mafia zu arbeiten, und anstelle sich um die Reche der in prekären Umständen lebenden einfachen tahitischen Arbeiter zu kümmern, mit bestimmten Unternehmen unter einer Decke zu stecken und durch strategisch geplante Streiks praktisch Schutzgelder für ihre Funktionäre zu erpressen. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Tahiti Infos, Tahiti Pacifique)

Blockfreie Staaten bestätigen Unterstützung für Entkolonisierung

Frz. Polynesien: Auf der Gipfelkonferenz der Organisation der Blockfreien Staaten, der die meisten Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas angehören, vom 26. bis zum 31. August in Teheran, haben die 120 Mitgliedsstaaten der Organisation einstimmig ihre Unterstützung für die Entkolonisierung Französisch-Polynesiens erneuert. Bereits auf einer Vorbereitungskonferenz in Ägypten im Mai hatten die Außenminister der Blockfreien Staaten einen Entschluss in diesem Sinne gefasst.

Wörtlich heißt es in Artikel 62.11 des Schlusskommuniqués des Gipfeltreffens: *“The Heads of State or Government affirmed the inalienable right of the people of French Polynesia-Ma’ohi Nui to self-determination in accordance with Chapter XI of the Charter of the United Nations and the UN General Assembly resolution 1514 (XV).”* (Deutsch: Die Staats- oder Regierungschefs bestätigen das unveräußerliche Recht des Volkes von Französisch-Polynesien-Ma’ohi Nui auf Selbstbestimmung im Sinne des Kapitels XI der Charta der Vereinten Nationen und Resolution 1514 (XV) der UN-Vollversammlung).

Die Formulierung ist klar und eindeutig, denn die UN erkennt das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung im Sinne der genannten Artikel (d.h. das Recht

auf staatliche Unabhängigkeit, nur denjenigen Territorien zu, die auf der Liste der Nicht-Selbstregierten Territorien stehen. Frankreich hatte seine beiden Pazifikterritorien, Neukaledonien und das heutige Französisch-Polynesien, 1947 willkürlich von dieser Liste entfernt, aber Neukaledonien war durch einen Mehrheitsbeschluss der UN-Vollversammlung 1986 wieder auf die Liste gesetzt worden.

Der Präsident der Landesregierung Französisch-Polynesiens, Oscar Temaru, hatte sich seit Jahren vergeblich für die Wiedereinschreibung seines Territoriums eingesetzt. Australien und Neuseeland, die sich von ihrer einst anti-kolonialen Haltung abgewandt haben und heutzutage mit Frankreichs Pazifikpolitik kollaborieren, hatten in den letzten Jahren stets verhindert, dass das „Pacific Islands Forum“ die Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens einstimmig unterstützt (1986 war die Wiedereinschreibung Neukaledoniens auf diese Weise initiiert worden).

Dank der starken Positionierung Fidschis und der anderen melanesischen Staaten zugunsten der Entkolonisierung Frz.-Polynesien ist es nun gelungen, Temarus Anliegen auf einem anderen Wege in die UN zu bringen. Die Unterstützung der Blockfreien Staaten, das heißt der Mehrheit aller UN-Mitgliedsstaaten, ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Wiedereinschreibung, die noch in der diesjährigen Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung beschlossen werden könnte.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: eigene Recherchen; Tahiti Infos, Tahiti Pacifique)

Bevölkerungswachstum stagniert

Frz.-Polynesien: Noch liegt die detaillierte Auswertung der diesjährigen Volkszählung von Französisch-Polynesien nicht vor, doch lassen sich erste Trends er-

kennen. So ist die Bevölkerung insgesamt seit dem letzten Zensus langsamer gewachsen, nämlich nur um 3,4% in den letzten fünf Jahren. Das jährliche Bevölkerungswachstum liegt bei 1,021%. Derzeit leben 270.000 Einwohner in dem französischen Überseegebiet. Die Hauptstadt Papeete (133.000 Einwohner) hat dabei einen Bevölkerungsschwund zu verkraften. Die Menschen ziehen aus der Stadt heraus, entweder in das nahegelegene Punaauia oder weiter weg in das Landesinnere. Überraschend konnten sowohl die Marquesas- als auch die Austral-Inseln einen Anstieg der Bevölkerung melden. Erstmals seit 25 Jahren ist die Bevölkerung auf diesen Außeninseln gewachsen.

75% der Gesamtbevölkerung leben auf den Hauptinseln Tahiti und Moorea. Davon wiederum leben 51% im städtischen Umfeld.

(CIA World Factbook, <http://www.nationmaster.com/country/fp-french-polynesia/peo-people>, Interview Walter Zweifel, 28.10.12)

Musikschule von Klavier-Star

Rapa Nui: Die bekannte Pianistin Mahani Teave ist in ihre Heimat zurückgekehrt, um auf Rapa Nui eine Musikschule zu gründen und Kindern das Klavierspielen beizubringen. In ihrer Schule bietet Teave auch Geigenunterricht an. Ihre Schüler haben bereits das erste öffentliche Konzert gegeben.

Info: Mahani Teave ist die bekannteste chilenische Konzertpianistin der Welt. Ihre Kindheit verbrachte sie auf Rapa Nui. Dort klimperte sie auf dem einzigen dort vorhandenen Klavier herum. Ihr Ausnahmetalent wurde erkannt und im Alter von elf Jahren siedelte sie mit ihrer Familie nach Chile um. Dort studierte sie bei Ximena Cabello an der „Universidad Austral de Chile“. Anschließend absolvierte sie ein Musikschulstudium bei Professor Ser-

gei Babayan am „Cleveland Institutes of Music“ in Ohio (USA). Von 2008 bis 2011 studierte sie bei Professor Fabio Bidini an der „Hochschule für Musik Hans Eisler“ in Berlin. Während dieser Zeit war Teave Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Laufe ihrer Karriere gewann Teave mehrere internationale Klavierwettbewerbe. Sie wurde mit renommierten Preisen ausgezeichnet. Nach ihrem umjubelten Abschlusskonzert im Dezember 2011 im Großen Konzertsaal in Berlin vor den Ohren des chilenischen Staatspräsidenten und hochrangiger deutscher Politiker kehrte Teave auf die Osterinsel zurück. Mit Hilfe von Sponsoren war es ihr zuvor gelungen, mehrere Klaviere auf die Insel transportieren zu lassen und ihre Musikschule zu eröffnen.

(<http://www.hfm-berlin.de>, Radio Australia 12.09.12, Pressemitteilung KAS 31.10.11)

HAWAI'I

Digitalisierung hawaiischer Landtitel

Mitte September präsentierte die Arbeitsgruppe Kamakakūōka'āina („Das stehende Auge des Lands“) im Institut für Hawaiische Studien der Universität von Hawai'i die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit der Öffentlichkeit. Gefördert durch Geldmittel der „Administration for Native Americans“ (einer US-Bundesbehörde zur Förderung indianischer und anderer indigener Völker), arbeitet die Arbeitsgruppe, auch unter dem Namen AVA (Ancestral Visions of 'Āina) ['Āina = Land] bekannt, daran, alle historischen Dokumente zur Dokumentation von Landtiteln in Hawai'i zu digitalisieren. Die Mitarbeiter des Projekts sollen infolgedessen zu Konohiki (Landmanagern) ausgebildet werden.

Hawai'i ist im Pazifik insofern einzigartig, als dass das hawaiische Königreich sehr früh sein traditionelles feudales Landrechtssystem reformierte und überkommene Landtitel in den 1840er und

1850er Jahren vermessen und in Grundbüchern dokumentieren ließ. Im Zuge dessen stellte eine königliche Landkommission insgesamt etwa 10.000 Landtitel aus, die meisten davon in hawaiischer Sprache. Den meisten dieser Titel ging ein ausführlicher Dokumentationsprozess voraus, so dass für jeden Landtitel seitensweise Beschreibungen vorliegen.

Endergebnis der Landreform war die Aufteilung der Ländereien des Königreiches in drei Kategorien erster Ordnung, nämlich 1) Kronland (das dem König direkt gehörte, aber seit 1864 unveräußerlich war), 2) Regierungsland (das die Regierung des Königreiches bewirtschaftete oder als sogenannte Royal Patent Grants verkaufte), und 3) Konohiki-Land (das einem von 252 Adeligen als veräußerbarer Privatbesitz zustand). Nicht-adelige Hawaier, sogenannte „Native Tenants“, hatten das Recht, entweder ihr Land als lehensabhängige Pächter in der überkommenen Form weiter zu bewirtschaften (wobei durch die genannte Dreiteilung die ehemals mehrstufige Abhängigkeit eines Native Tenant auf jeweils den König, die Regierung oder einen Konohiki vereinfacht wurde), oder sie konnten sich ihre traditionell bewirtschafteten Parzellen von der Landkommission als Privatbesitz dokumentieren lassen.

Nach der US-Invasion von 1893 wurde dieses reformierte hawaiische Landsystem von den neuen Machhabern umgekrempelt. Kron- und Regierungsländer wurden zusammengelegt und massiv an amerikanische Siedler und Plantagenfirmen verkauft, den Rest nahm nach der formellen US-Okkupation 1898 die amerikanische Regierung in Besitz. Native Tenants, die keinen schriftlich dokumentierten Landtitel hatten, wurden von ihrem Land vertrieben und wurden somit land- und oft obdachlos. Des Weiteren wurden zwischen 1893 und etwa 1920 zahlreiche Landdokumente gefälscht, um Land von ihren legi-

timen Besitzern zu entwenden. Heute sind nur noch wenige Parzellen in abgelegenen Teilen des Archipels in einheimischer Hand, während der größte Teil des Landes von der US-Bundesregierung, der Regierung des US-Bundesstaats Hawai'i, und amerikanischen Kapitalgesellschaften kontrolliert wird.

Um Land an seine legitimen Besitzer zurückzugeben, ist es somit von entscheidender Bedeutung, die Titeldokumente aus dem neunzehnten Jahrhundert für die heutigen Hawaiier zugänglich zu machen. Des Weiteren enthalten die Grundbucheintragungen des hawaiischen Königreichs oft viele weitere Informationen, zum Beispiel über Genealogien der Landbesitzer, oder über mit einem Stück Land verbundene Sagen und Legenden. Originale der Grundbücher, die selbst im Staatsarchiv aufbewahrt werden und größtenteils äußerst fragil sind, wurden in den 1950er Jahren mikroverfilmt, doch ein viele Meter langer Mikrofilm mit handschriftlichen Eintragungen in hawaiischer Sprache ist nicht leicht zu lesen. Mitarbeiter von AVA arbeiten deshalb daran, alle Originaldokumente zu transkribieren, und die Transkription neben einem Scan des Originals ins Internet zu stellen, so dass sie für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sind. Bis jetzt sind auf AVAs Website ein Teil der Landtitel der Hauptinsel O'ahu verfügbar. Nach weiterer intensiver Arbeit sollen in einigen Jahren alle 10.000 Landtitel des Archipels im Internet verfügbar sein, und mit Hilfe eines interaktiven Computerprogramms auch auf Landkarten und Satellitenbilder projiziert werden können. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Eigene Mitarbeit bei dem Projekt. Website <http://www.avakonohiki.org/>)

Kirk Caldwell neuer Bürgermeister - Demokraten halten überwältigende Mehrheit

Bei den Stichwahlen zur Bürgermeisterwahl von Honolulu im Zuge der amerikanischen Hauptwahlen am 6. November gewann der bereits früher (2010) einmal kommissarisch als Bürgermeister tätige Kirk Caldwell mit 52,9% gegen den ehemaligen (1994-2000) Gouverneur Ben Cayetano.

In dem vorausgehenden Wahlkampf hatten sich beide Kandidaten eine bislang ungesehene Schlammschlacht geliefert, in der sie sich gegenseitig der Korruption bezichtigten. Hinter Caldwell standen dabei die etablierte Demokratische Partei sowie Lobbyisten der Bauindustrie, denn Caldwell hatte zugesagt, den umstrittenen Bau einer S-Bahn entlang der Südküste O'ahus fortzuführen. Cayetano hatte sich für eine Einstellung des Milliardenprojekts ausgesprochen und ansonsten eine neo-liberale Politik vertreten, was ihm eine gemischte Gruppe Anhänger sowohl aus dem Lager der Naturschützer und hawaiischer Unabhängigkeitsaktivisten als auch aus den Reihen ultrakonservativer Republikaner bescherte.

Auf der Insel Hawaii, wo der Wahlkampf sachlicher geführt wurde, gelang dem amtierenden Bürgermeister Billy Kenoi knapp die Wiederwahl gegen seinen erneut angetretenen Amtsvorgänger Harry Kim.

Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen erreichte der in Hawai'i geborene Barack Obama mit 70,1%, wie bereits 2008 den höchsten Prozentsatz aller US-Bundesstaaten. Alle an Hawai'i zu vergebenden Ämter im US-Kongress wurden ebenfalls mit überwältigenden Mehrheiten von Mitgliedern der Demokratischen Partei gewonnen, nämlich die neugewählte Senatorin Mazie Hirono sowie die beiden Repräsentanten Colleen Hanabusa

(wiedergewählt) für den ersten Wahlkreis (Stadt Honolulu) und Tulsi Gabbard (Neukandidatin) für den zweiten Wahlkreis (ländliches O'ahu und die äußeren Inseln).

Im Senat des US-Bundesstaates Hawaii behielten die Demokraten unverändert ihre Mehrheit von 24 der 25 Sitze und im Staatsrepräsentantenhaus erhöhte sich die demokratische Mehrheit sogar von 42 auf 44 der 51 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag mit 61,9% für Hawai'i ungewöhnlich hoch.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: State of Hawaii Office of Elections <http://hawaii.gov/elections/>; Honolulu Star Advertiser)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Rückzug aus Afghanistan

Neuseeland wird seine Truppen zum 1. April 2013 aus Afghanistan abziehen. Das gaben der Außenminister Murray McCully und der Verteidigungsminister Jonathan Coleman Anfang September des Jahres bekannt. Derzeit sind im Rahmen der von der UNO eingesetzten Internationalen Schutztruppe ISAF (International Security Assistance Force) noch 140 neuseeländische Soldaten in Bamiyan im Landesinneren stationiert. Sie sorgen dort unter dem Kommando von General Rhys Jones für den (infrastrukturellen) Wiederaufbau der Region und kümmern sich um die Sicherheit der Zivilbevölkerung.

Mit dem Truppenabzug würde das neuseeländische Engagement in Afghanistan jedoch nicht komplett beendet, erklärte McCully. Man werde sich weiterhin bei der Ausbildung afghanischer Offiziere auf der Militärschule engagieren, wenige hochrangige Militärangehörige im Hauptquartier der ISAF stationieren und sich auch weiterhin im Bereich der Entwicklungshilfe einsetzen, präzisierte der Minister. Für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in

der Region um Bamiyan werde man in den nächsten drei Jahren 2,65 Millionen NZ-Dollar zur Verfügung stellen.

Neuseeland hat bisher zehn Soldaten in Afghanistan verloren, darunter eine Frau.

Derzeit sind rund 130.000 Soldaten bei der ISAF in Afghanistan stationiert. Frankreich wird seine Soldaten zum 31. Dezember dieses Jahres abziehen, Australien bis Mitte des nächsten Jahres. Deutschland hat derzeit noch ein regionales Wiederaufbauteam in Kundus. In Masar-e-Sharif stellt Deutschland den „Regionalkommandeur Nord“. Der Abzug deutscher Truppen ist ebenfalls für 2013 geplant.

(http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Engagement-Kundus-Faisa-Mazar_node.html, <http://www.isaf.nato.int/article/isaf-releases/statement-on-contribution-of-new-zealand-forces.html>, *Flash d'Océanie* 03.09.12)

50 Jahre Freundschaft mit Samoa

Mitte Oktober haben die Premierminister von Samoa und Neuseeland, Tuilapea Sialele Malielegaoi und John Key, in Wellington den 50-jährigen Freundschaftsvertrag zwischen Samoa und Neuseeland gefeiert. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit hatte Samoa diesen Vertrag am 1. August 1962 geschlossen. Premier Key hob die Bedeutung dieses Vertrages hervor. Beide Länder teilten sich ihr polynesisches Erbe und pflegten enge kulturelle Beziehungen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern sei von Freundschaft geprägt. Auch innerhalb des „Pacific Islands Forum“ gebe es eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten, so Key. Er wies darauf hin, dass Samoa der einzige Staat weltweit sei, mit dem Neuseeland einen offiziellen Freundschaftsvertrag geschlossen habe.

(<http://samoa2012.co.nz/aboutus/>, *Flash d'Océanie* 19.10.12)

50 Mio. Dollar zum Schutz der Fische

Neuseeland wird für den Zeitraum von 2013 bis 2015 insgesamt 50 Millionen NZ-Dollar zum Schutz des Pazifischen Ozeans vor Überfischung und illegaler Fischerei ausgeben. Das erklärte Premierminister John Key am Rande des Gipfeltreffens der Mitgliedsländer des „Pacific Islands Forum“ Ende August auf den Cookinseln.

Die finanzielle Unterstützung soll der besseren Überwachung der exklusiven ökonomischen Zonen der neuseeländischen Anrainerstaaten dienen. Dazu sollen satellitengeschützte Überwachungssysteme eingesetzt werden. Außerdem sollen die Tunfischbestände besser beobachtet und vor der illegalen Überfischung geschützt werden. Neuseeland will auch Technologien unterstützen, mit denen die Fischbestände im Pazifik katalogisiert und verwaltet werden können. Hier geht es vor allem um die von der Überfischung bedrohten Tunfischarten. (*Radio Nz. Intern.*, *Flash d'Océanie* 31.08.12, <http://www.cinews.co.ck/2012/August/Fri31/pacific-forum.php>)

Regionaler Energiegipfel 2013

Der neuseeländische Außenminister Murray McCully hat angekündigt, dass Neuseeland in Kooperation mit der Europäischen Union im April 2013 einen regionalen Energiegipfel für die pazifischen Inselstaaten durchführen wird. Schwerpunktmäßig soll es dabei um den Ausbau erneuerbarer Energien und die Unabhängigkeit von der Einfuhr fossiler Treibstoffe auf den Inseln gehen. Im Pazifik gebe es dafür gute Beispiele, so Murray, u.a. ist Tokelau seit November 2012 unabhängig von Treibstoffen und auch auf Tonga und den Cookinseln sorgen große Photovoltaikanlagen für die Energieerzeugung.

Der Gipfel soll u.a. von der Weltbank, der australischen Regierung und der Asiatischen Entwicklungshilfebank finanziell unterstützt werden.

(<http://www.beehive.govt.nz/release/new-zealand-host-pacific-energy-summit>, *Flash d'Océanie* 30.08.12)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Offener Brief an indon. Präsidenten

Indonesien: Die Berliner Nichtregierungsorganisation Watch Indonesia! hat gemeinsam mit anderen Umweltbewegungen Ende Oktober einen offenen Brief an den indonesischen Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono geschrieben und ihn gebeten, sich verstärkt um den Schutz der Regenwälder zu bemühen.

Hier der Brief im Wortlaut: Sehr geehrter Präsident Yudhoyono, anlässlich Ihres Europabesuches bitten wir Sie mit diesem offenen Brief, sich mit ganzer Kraft für den Erhalt der Regenwälder und den Schutz der Bewohner sowie deren Rechte einzusetzen. Der industrielle Holzeinschlag, die Anlage von Plantagen mit Ölpalmen und schnell wachsenden Baumarten wie Akazien für die Holz- und Papierindustrie sind die Hauptursachen der Regenwaldzerstörung in Indonesien.

Ihr Land ist schon jetzt der größte Palmöl-Produzent der Welt und einer der wichtigsten Exporteure von Hölzern, Zellstoff und Papierprodukten. Allein die Ölpalm-Monokulturen bedecken bereits 9 Millionen Hektar Land, weitere Millionen Hektar wurden bereits für künftige Plantagen abgeholzt. Und die Palmölindustrie plant sogar, die Plantagen auf 20 Millionen Hektar auszuweiten. Aufgrund der Regen- und Torfwaldabholzung ist Indonesien in den

letzten Jahren zum drittgrößten CO₂-Emittenten und somit zu einem der größten Umweltverschmutzer der Welt aufgestiegen.

Eine aktuelle Studie der Yale-Universität kommt zu dem Ergebnis, dass die indonesische Ölpalm-Industrie allein durch die Ausweitung der Plantagen in den Waldgebieten und die damit verbundene Zerstörung der natürlichen Kohlenstoffsenken mehr klimaschädliches CO₂ in die Atmosphäre entlässt als Kanada. Indonesien macht damit die Bemühungen zur Senkung des globalen Ausstoßes von Treibhausgasen zunichte, die Ihr Land als Gastgeber der UN-Klimakonferenz in Bali 2007 maßgeblich unterstützte. Sie selbst unterzeichneten im Mai 2011 ein Rodungsmoratorium für das gesamte Staatsgebiet.

Ohne die konsequente Kontrolle des Waldschutzes und die strenge Strafverfolgung bei Umweltzerstörungen stehen Ihre Bemühungen lediglich auf dem Papier und halten die weitere Vernichtung der indonesischen Regenwälder nicht auf. Davon ist auch ganz besonders die Artenvielfalt bedroht. Indonesien ist durch seine einmalige Natur einer der globalen Biodiversitäts-Hotspots. Die internationale Naturschutzorganisation IUCN bezeichnet die Ausweitung der Ölpalm-Monokulturen in Indonesien als größte Bedrohung für das Überleben seltener Tierarten wie der Orang-Utans und der letzten Sumatra-Tiger. Auf der Bali-Konferenz 2007 stellten Sie fest: „Wenn wir die Orang-Utans schützen wollen, müssen wir die Wälder schützen.“ Wir fordern Sie auf, Ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Der Erhalt der globalen Artenvielfalt liegt auch in Ihren Händen, Herr Präsident! Die Abholzung der Regenwälder und Expansion der Industrieplantagen in Indonesien bedrohen auch den sozialen Frieden in Ihrem Land.

Als Umweltorganisationen stehen wir in direktem Kontakt mit zivil-

gesellschaftlichen Organisationen, indigenen Minderheiten und Kleinbauernvertretern in Indonesien. Deren traditionelle Land- und Menschenrechte werden auf das Größte verletzt. Dazu gehören auch der Zugang zu Wasser und die Ernährungssicherheit der betroffenen Gemeinden. Hunderte soziale Konflikte sind im Zusammenhang mit der Palmöl-Industrie dokumentiert.

Wir appellieren daher an Ihre nationale und globale Verantwortung als Präsident der Republik Indonesien: Setzen Sie das von Ihnen unterzeichnete Rodungsmoratorium sofort und konsequent um - aus klimapolitischen, ökologischen und sozialen Gründen. Stoppen Sie die Ausweitung der Ölpalm-Monokulturen und industriellen Holzplantagen. (*Watch Indonesia! Online*)

Indonesien verweigert Journalisten freie Einreise

Indonesien: Die Regierung von Indonesien hat dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (United Nations Human Rights Council) unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass ausländische Journalisten nur unter ganz besonderen Umständen in die beiden papuanischen Provinzen einreisen dürfen. Eine Berichterstattung über angebliche Menschenrechtsverletzungen in dem Staat sei nicht erwünscht, hieß es aus Regierungskreisen. Wer ein Einreisevisum beantrage, um über politische Ereignisse in Westpapua zu berichten, müsse einen Katalog von Regeln und Gesetzen beachten und sich verpflichten, den Regierungsvorgaben hinsichtlich medialer Berichterstattung genau nachzukommen. Es sei aber trotzdem eine „hinreichende Pressefreiheit“ gewährleistet, so ein Sprecher der Regierung.

Die „International Federation of Journalists“ beklagte die Einschränkung der Pressefreiheit und die Einreiseregulierungen für

ausländische Journalisten. Allein im Jahr 2012 seien ihnen etliche Fälle gemeldet worden, in denen Journalisten aus den Bereichen Print und Fernsehen der Zugang in die Provinzen Papua und West Papua verweigert worden sei. Bis dato können Journalisten nur „undercover“ über ein Touristenvisum nach West-Papua einreisen. (*Radio NZ. Intern. 16.10.12, <http://www.ifj.org/>, <http://www.asianewsnet.net/home/news.php?id=36471>*)

Zunahme der Analphabeten

Papua: James Modouw, Leiter der Abteilung für Bildung der Provinz Papua, kündigte an, die Nutzung der Sonderautonomiegelder strenger zu kontrollieren, um der zunehmenden Zahl an Analphabeten in Papua entgegenzuwirken. 900.000 der 2,6 Millionen Papua seien Analphabeten, besonders in den Verwaltungskreisen Nduga, Yahukomo und Puncak Jaya.

Besonders im Inneren der Papuaprovinzen erschienen Lehrer oft nicht zur Arbeit und verursachten damit dieses Problem. Zusätzlich zur strengeren Kontrolle der Verwaltungsgelder soll per Sondererlass (perdasi) zukünftig auch die Gehaltszahlung einzelner Lehrer gestoppt werden, wenn diese sich nicht an die Regelungen hielten.

Ohne diese Maßnahmen würde der Anteil der Analphabeten weiter jährlich steigen. Lydia Freyani, Generaldirektorin für Kinderbildung des indonesischen Bildungsministeriums, gab die Zahl der Analphabeten in allen West-Papua Provinzen sogar mit 1,9 Millionen an. (*West-Papua-Netzwerk online, 21.09.12. Quelle: Übersetzung von Tapol*)

Abzug der UN

Timor-Leste: Anfang des Jahres 2012 wurden die Wahlen in Timor-Leste zur Feuerprobe für den Sicherheitssektor. Wenn die Präsidenschafts- und Parlaments-

wahlen friedlich und ohne große Vorkommnisse verliefen, würde die UN die Sicherheitskräfte der *UN Integrated Mission in Timor-Leste* (UNMIT) aus Timor-Leste abziehen. Die Wahlen im Frühjahr 2012 verliefen nach Aussagen von unabhängigen Wahlbeobachtungsmissionen zum größten Teil fair, frei und transparent in einer ruhigen und friedlichen Atmosphäre.

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon gratulierte Anfang Juli 2012 der osttimoresischen Bevölkerung, Regierung und Parteien zu friedlichen und ordnungsgemäßen Wahlen. Jedoch kam es nach der Koalitionsbekanntgabe zu Unruhen seitens der Anhänger der von der Regierungskoalition ausgeschlossenen Partei FRETILIN. Neben Steinwürfen und angezündeten Autos wurde ein junger Student von einem timoresischen Polizisten erschossen. Die UN wertete diesen Vorfall als „*minor incident*“ und bereitete den Abzug der rund 1.600 stationierten UN-Sicherheitskräfte bis Ende des Jahres vor.

Finn Reske-Nielsen, Leiter der U.N. Integrated Mission in Timor-Leste (UNMIT), erklärte dem UN-Sicherheitsrat im November 2012, dass der kleine asiatische Staat noch viele Herausforderungen vor sich habe, wobei eine Friedensmission der UN nicht weiterhelfen kann. Der Abzug der UN sei jedoch ein wichtiger Meilenstein für die Rekonstruktion des Sicherheitssektors.

Info: Die UNMIT wurde 2006 zur Wiederherstellung und Unterstützung der Sicherheit und des Friedens eingerichtet, als 2006 politische Unruhen und gewaltsame Auseinandersetzungen Timor-Leste in die schwerste Krise seit der Unabhängigkeit stürzten. Die australische *International Stabilization Force* (ISF) zog sich offiziell am 22. November aus Timor-Leste zurück. Auch die ISF war seit 2006 im Lande, um bei Frieden und Stabilität unterstützend mitzuwirken.

Die UN hatte ca. 850 Osttimores(inn)en beschäftigt, die nach Abzug der UN höchstwahrscheinlich arbeitslos werden. Viele verdienten Geld als Übersetzer(innen) oder Reinigungspersonal, weitere 1.300 Osttimores(inn)en waren über eine externe Sicherheitsfirma für die UN tätig. Rund 50 Millionen Dollar brachte die UN jährlich ins Land. Da dies gerade mal 1% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts ausmacht, ist es nicht als gravierender Verlust zu sehen. Wie bisher setzt die Regierung hauptsächlich auf die Gas- und Ölförderung, um das Staatsbudget zu finanzieren. *(Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft)*

Grenzübergreifende Mountainbike-Tour

Timor-Leste: Vom 10. September an fand in Timor-Leste die vierte Auflage des sechstägigen Mountainbike-Rennens „Tour de Timor“ statt. Start und Ziel der Tour der 555 Kilometer langen Strecke war Dili. Erstmals durften die 300 teilnehmenden Fahrer dabei die Grenze nach Indonesien überqueren. Sie radelten über 92 Kilometer durch das indonesische Westtimor bis in die Hauptstadt der osttimoresischen Exklave Oecusse, Pante Macassar.

An dem Rennen nahmen 96 Fahrer und Fahrerinnen aus Osttimor teil. Als beste osttimoresische Fahrer wurden ausgezeichnet Antonía Martens bei den Männern und Francellna Cabral bei den Frauen. Sie erhielten für ihren Sieg 3.000 US-Dollar Preisgeld. Gesamtsieger der „Tour de Timor“ wurde bei den Männern der Malaysier Shahrin Amir und bei den Frauen Peta Mullens. Zum „König der Berge“ wurde der Australier Jarrod Hughes gekrönt. Diese drei erhielten ein Preisgeld in Höhe von 10.000 US-Dollar.

Info: Die „Tour de Timor“ ist ein jährliches Mountainbikerennen in Osttimor. Aufgrund der schlech-

ten Straßenverhältnisse und der zu überwindenden großen Höhen wird es als eines der härtesten Radrennen der Welt bezeichnet. Erstmals fand es 2009 anlässlich des zehnten Jahrestages des Unabhängigkeitsreferendums von 1999 statt. Die Idee zu dem Rennen stammt von Friedensnobelpreisträger und Ex-Präsident José Ramos-Horta. Dieser hatte bei einem Treffen mit dem indonesischen Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono auf die Tour hingewiesen und angefragt, ob die Teilnehmenden in diesem Jahr als Zeichen der Versöhnung mit dem ehemaligen Besatzerland Indonesien die indonesische Grenze überqueren dürften. Vor dem eigentlichen Rennen hatte in der Hauptstadt Dili ein „Ride for Peace“ mit 500 osttimoresischen Schulkindern stattgefunden.

(<http://www.tourdetimor.com/raceday/>, Pacific Scoop 17.09.12, Wikipedia)

AUSTRALIEN

Verfassungsänderung verschoben

Die Überlegungen der australischen Regierung, rechtzeitig vor den nächsten Wahlen im November 2013 einen zusätzlichen Passus in das Vorwort zur Verfassung aufzunehmen, sind zunächst einmal wieder auf Eis gelegt worden. Das erklärte Jenny Macklin, die Ministerin für indigene Angelegenheiten. Politiker vieler Parteien hatten sich dafür ausgesprochen, in der Verfassung festzuschreiben, dass die Aborigines und die Torres-Strait-Insulaner die ursprünglichen und rechtmäßigen Bewohner des australischen Kontinents waren und nicht etwa die europäischen Sträflinge und Siedler.

Die Untersuchung einer Expertenkommission aus dem Jahr 2012 war zu dem Ergebnis gekommen, dass es für die Aborigines und die Bewohner der Tor-

res-Strait ein Zeichen von Versöhnung und Wiedergutmachung sein könnte, wenn diese beiden Volksgruppen als die eigentlichen Besitzer und Entdecker von *down under* verfassungsrechtlich benannt würden. In der ursprünglichen Verfassung von 1901 waren diesen beiden Gruppen noch nicht einmal als Bewohner des Staates Australien erfasst. Erst 1967 hatten sich über 90% aller Australier in einem Referendum dafür ausgesprochen, Aborigines und Torres Strait Islander den „weißen“ Australiern gleichzustellen und ihnen die gleichen Rechte und Pflichten zuzugestehen.

Der Verfassungsänderung muss zwingend ein Referendum vorausgehen. Dafür sei die Zeit aber noch nicht reif, erklärte die Ministerin. Für die Zukunft könne sie sich jedoch sogar eine erweiterte Verfassungsänderung vorstellen, sagte Macklin. So könnte man ebenfalls in der Verfassung festschreiben, dass die englische Sprache die Sprache der Kolonialherren und Siedler war. Es sei denkbar, in der Verfassung darauf hinzuweisen, dass die Aborigines und die Torres-Strait-Islander ihre eigenen Sprachen hatten und dazu gezwungen wurden, Englisch als offizielle Staatssprache zu übernehmen. Dies müsse man den „weißen“ Australiern jedoch vorsichtig näherbringen, noch sei es zu früh für einen solchen Zusatzartikel. Immerhin gab es im Oktober eine Gesetzeseingabe im Parlament, den so genannten „Act of Recognition Bill“. Die unabhängige Hilfsorganisation OXFAM Australia hat eine Online-Kampagne zu dieser Gesetzesvorlage gestartet und sammelt Unterschriften von Unterstützern. (Sydney Morning Herald 27.09.11, Flash d'Océanie 20.09.12, <http://3things.org.au/blog/story/14504>, <https://www.oxfam.org.au/my/act/support-the-constitutional-recognition-of-indigenous-australians/>)

Weißbuch veröffentlicht

Die australische Premierministerin Julia Gillard hat Ende Oktober das Weißbuch der Regierung über die Aufnahme noch engerer Beziehungen mit den asiatischen Ländern vorgestellt. Der Bericht mit dem Titel „Australia in the Asian Century“ kommt zu dem Schluss, dass die asiatischen Länder wie China, Indien und Japan in nur wenigen Jahren zum größten Produzenten von Waren und Dienstleistungen aufsteigen könnten und dass sie zugleich auch die stärksten Konsumenten werden könnten. Bereits jetzt lebten im asiatischen Raum die meisten Menschen und zukünftig würde es dort auch die größte Bildungsbürgermasse geben. Das 21. Jahrhundert sei das „asiatische Jahrhundert“, so das Vorwort zum Weißbuch.

Der bis ins Jahr 2015 vorausschauende Bericht sieht in dem „asiatischen Jahrhundert“ vor allem eine „Australian opportunity“ (Zitat), in dem er rät, bereits jetzt zukunftsfähig in engere Beziehungen zu asiatischen Ländern in den Bereichen, Handel, Sicherheit und Bildung zu treten.

Das Weißbuch wurde mit Interesse von den Regierungen der Pazifikstaaten zur Kenntnis genommen, die Vorschläge werden bereits diskutiert. So erklärte etwa Dr. Paul Barker, Direktor eines beim „Institut of National Affairs“ in Papua-Neuguinea beheimateten „Think Tanks“, die pazifischen Inselstaaten müssten sich genau überlegen, was sie aus den Ergebnissen des Weißbuchs lernen könnten. Man müsse dafür sorgen, dass der Pazifik nicht aus dem „asiatischen Jahrhundert“ ausgeklammert würde. Bis dato exportierten nur Papua-Neuguinea und die Salomonen nach China, doch angesichts der Vorschläge im Weißbuch könne sich das schnell ändern, so Barker. Die Inselstaaten würden sich zukünftig vermehrt nach Asien ausrichten und ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehun-

gen in die asiatischen Staaten ausbauen, erklärte Barker.

Info: Ein „Weißbuch“ ist eine Sammlung mit Vorschlägen zum Vorgehen in einem bestimmten Bereich. Diese Dokumentensammlung wird regelmäßig von der Regierung veröffentlicht, um Orientierung über politische Fragen im Bereich der Außenpolitik zu geben. Ziel des von der australischen Regierung in diesem Jahr vorgelegten Weißbuches ist: „Our goal is to secure Australia as a more prosperous and resilient nation that is fully part of our region and open to the world“ (Zitat). (<http://asiancentury.dpmc.gov.au/>, Radio Australia 30.10.12, Wikipedia)

Niedriglöhne für Sicherheitspersonal

Die Einwohner der Insel Nauru beklagen das Lohngefälle im Sicherheitsdienst bei der Bewachung des kürzlich von der australischen Regierung wiedereröffneten Aufnahmelagers für Asylsuchende. Die rund 70 bei der Sicherheitsfirma „Transfield Services“ angestellten Einheimischen verdienen zwischen vier und zehn US-Dollar pro Stunde für die Bewachung des Flüchtlingscamps und allgemeine Wach- und Schließaufgaben. Die bei einer Tochterfirma von Transfield, bei „Wilson Security“, angestellten australischen Sicherheitsleute verdienen nach Recherchen der australischen Zeitung „Australian Newspaper“ 40 Dollar pro Stunde für die gleiche Tätigkeit.

Rod Henshaw, Sprecher der Regierung von Nauru, erklärte, vier Dollar seien nicht wenig und entsprächen dem normalen Lohnniveau auf Nauru. Auch die Angestellten im Öffentlichen Dienst von Nauru verdienten diesen Stundenlohn. Clint Deidenang, Sprecher der einheimischen Arbeitskräfte, stimmte dem zu, kritisierte aber, dass die Menschen aus Nauru freiwillig sichere einheimische Arbeitsplätze verließen, um bei Transfield Services

anzuheuern unter der falschen Annahme, sie würden dort ebenso gut verdienen wie in den Jahren von 2001 bis 2007. Damals hatte die „International Organization for Migration“ unter der Regierung von Premierminister John Howard das Flüchtlingscamp betrieben und gleiche und höhere Löhne an einheimische und australische Sicherheitskräfte ausbezahlt.

In dem provisorischen Camp auf Nauru leben derzeit 400 Personen in Zelten, die meisten stammen aus Sri Lanka und Afghanistan. Die festen Unterkünfte sind noch im Bau und sollen nach Fertigstellung 500 Personen Platz bieten. Aufgrund der unhaltbaren hygienischen Bedingungen und der Wohnsituation in Zelten unter der sengenden Sonne waren knapp 300 der Insassen in einen zwölfstägigen Hungerstreik getreten. Sie verweigerten Nahrung und Trinkwasser und wollten damit die Weltöffentlichkeit auf ihr Schicksal aufmerksam machen. Nach Angaben von australischen Sozialarbeitern, die wochenweise im Camp mitarbeiten, hat es bereits mehrere Selbstmordversuche gegeben. (*Radio NZ. Intern.* 30.10.12, <http://www.smh.com.au/national/life-on-nauru-horrific-says-aid-worker-20121110-2953z.html>, *BBC* 14.11.12)

Töpfermeister will Keramikindustrie in Vanuatu etablieren

Der bekannte australische Töpfermeister Alistair Whyte will in der „Southwest Bay“ auf der Insel malekula in Vanuatu als Einkommen schaffende Maßnahme erneut die Töpferei einführen. Bei einem Besuch im ehemaligen Einsatzort seiner Eltern, einem australischen Missionar und einer Ärztin, entnahm der Töpfermeister Bodenproben und experimentierte mit ersten Brennversuchen. Whyte erklärte, im Gespräch mit den alten Leuten im Dorf hätte man ihm erklärt, dass es früher üblich gewesen wäre, Gefäße

aus Ton selber herzustellen. Bei der Arbeit in ihren Gärten stießen die Menschen des Öfteren auf Tonscherben und zerbrochene Krüge. In der einheimischen Sprache gibt es dafür sogar einen eigenen Ausdruck „nonboi“, wie der engagierte Keramikmeister herausfand. Die Wiederbelebung der traditionellen Töpferei sei eine gute Möglichkeit für die Dorfbewölkerung, Geld zu verdienen und den jungen Menschen im Dorf eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, erklärte Whyte, der seine Kindheit in Vanuatu verbracht hatte. Bei seiner Reise wurde er von seiner Tochter, einer Architektin, begleitet. Sie hatte die Pläne für eine neue Kirche im Ort Labo in der Southwest Bay gezeichnet und war nach Labo gekommen, um mit der Dorfgemeinschaft den Kirchneubau zu besprechen.

Info: Alistair Whyte betreibt seit 25 Jahren im Bundesstaat Victoria eine der größten und bekanntesten australischen Keramikwerkstätten. Der diplomierte Töpfermeister hat seine Ausbildung in Japan absolviert und arbeitet überwiegend mit chinesischem Porzellan. Er hat für seine Arbeiten etliche Auszeichnungen erhalten. (*Radio Australia* 17.09.12, <http://www.whyteware.com.au/>, <http://whyteceramics.blogspot.de/>)

Neuer Sonderbotschafter

James Gilling ist der neue Sonderbotschafter der australischen Regierung für HIV/Aids, Malrai und Tuberkulose. Er ist Nachfolger von Murray Proctor, der dieses Amt seit 2007 innehatte.

Gilling ist 'First Assistant Director General in the Policy and Sector Division' bei der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID. Er hat einen BA-Abschluss in Wirtschaft und Agrarwirtschaft von der Universität Nottingham sowie einen Master of Business in Agrarwissenschaft von der Universität Oxford.

Bei der Ernennung Gillings zum Sonderbeauftragten für Aids erklärte der australische Außenminister Senator Bob Carr, Aids, Tuberkulose und Malaria blieben auch in diesem Jahrhundert die gefährlichsten Krankheiten im asiatisch-pazifischen Raum. Allein im Jahr 2010 waren 30 Millionen Menschen in Ozeanien an einer der drei Krankheiten erkrankt, 42.000 starben an Malaria.

(http://foreignminister.gov.au/releases/2012/bc_mr_121003.html)

Rasanten Bevölkerungswachstum

Im Oktober 2012 zählte die „Australian Population Clock“ des Bundesamtes für Statistik über 22,7 Millionen Menschen. Im vergangenen Jahr 2011 kam statistisch gesehen alle 2,41 Minuten ein neuer Einwanderer hinzu. Die australische Politik forciert das Bevölkerungswachstum und plant einen Zuwachs von jährlich 140.000 bis 220.000 Personen in den nächsten 30 Jahren. Eine Folge des Bevölkerungsanstiegs ist u.a. die Verringerung der Anbaufläche für die Landwirtschaft. Da sich die Städte immer weiter ins Landesinnere ausbreiten, wird das fruchtbare Ackerland in Baugebiete umgewandelt. (*Australien Info Newsletter* 22.10.12, <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/3101.0>)

Bestes Hotel der Welt

Die Leser des „Condé Nast Traveler Magazins“ haben das Luxusressort „Qualia“ auf Hamilton Island (Queensland) zum besten Hotel der Welt gekürt. Über 46.000 Reisende hatten abgestimmt, an 1.300 Unterkunfts-Anwärter wurden die begehrten Preise des amerikanischen Luxus-Reisemagazins vergeben.

„Qualia“ gewann in der Kategorie „bestes Hotel weltweit“ sowie in der Kategorie „bestes Ressort in Ozeanien“ den ersten Preis. In

den Kategorien Zimmer, Service, Verpflegung, Lage, Design und Aktivitäten bekam das nur für Erwachsene zugängliche Hotel jeweils 100 von 100 möglichen Punkten. Damit gehört das Hotel zu den weltweit einzigen vier Hotels, die in den letzten 25 Jahren die volle Punktzahl erreichen konnten. Einzigartig ist auch der Service: Auf jeden Gast des Resorts kommt ein Servicemitarbeiter.

Das in den Whitsundays gelegene Resort besteht aus 60 luxuriösen, individuell eingerichteten Pavillons, die inmitten eines Eukalyptushains gebaut wurden und einen traumhaften Blick auf die Whitsundays und das Meer bieten. Dem Hotelbesitzer, einem bekannten australischen Weinhersteller, lag besonders die Verwendung natürlicher Baumaterialien wie Holz, Kalkstein und Schiefer am Herzen.

(<http://www.qualia.com.au/>,
<http://www.cntraveller.com/>)

SPORT

Tourismusbehörde kämpft gegen überflüssige Pfunde

Samoa: Das samoanische Fremdenverkehrsamt „Samoa Tourism Authority“ (STA) hat sich dem Kampf gegen überflüssige Pfunde verschrieben. Anfang November startete die STA in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium und dem Fachbereich Sport der „University of the South Pacific“ (USP) mit ihrem täglichen kostenlosen Fitnessprogramm im „Samoa Culture Village“ in der Hauptstadt Apia. Von Montag bis Donnerstagabend können Kinder, Jugendliche und Erwachsene nun an Tanzkursen teilnehmen, die speziell von der USP entwickelt wurden. Es handelt sich um ein Tanzprogramm namens „Culture X“, das ähnlich wie die lateinamerikanische Trendsportart ZUMBA Musik mit Tanz, Kraft- und Aus-

dauertraining verbindet. Die Tanzschritte sind dabei aus den polynesischen Tänzen entlehnt.

Das Gesundheitsministerium beteiligt sich mit Kursen zur gesunden Ernährung an dem Programm der Tourismusbehörde, das unter dem Motto läuft: „Stay fit, healthy and happy“.

Info: Eine Studie zur Gesundheitssituation der Samoaner aus dem Jahr 2002 hatte ergeben, dass 85,2% der Bevölkerung Samoas übergewichtig sind, davon 81,1% Männer. (*Samoa Observer* 13.11.12)

Tonga ist Gastgeber für Pacific Games 2019

Die pazifischen Olympischen Spiele „Pacific Games“ finden 2019 im Königreich Tonga statt. Das entschied das Sportkomitee „Pacific Games Council“ bei der jährlichen Vollversammlung Ende Oktober auf Wallis und Futuna. 16 der 22 pazifischen Sportvereinigungen hatten für Tonga gestimmt, sechs für Tahiti.

Die Delegation aus Tonga begrüßte die Entscheidung, sorgt sich jedoch bereits im Vorfeld um die Finanzierung der Spiele, die nach ersten Schätzungen 70 Millionen US-Dollar kosten werden. Die Gelder werden vor allem für den Neu- und Umbau von Sportstätten benötigt.

(<http://www.oceaniaport.com/tonga/>,
Pacnews 22.10.12)

„TOK BILONG PASIFIK“

Wendt gibt neue Bücher heraus

Der samoanische Erfolgsautor Albert Wendt hat Mitte September in der samoanischen *fale* der „University of Auckland“ in Neuseeland seine zwei Neuerscheinungen vorgestellt. Es handelt sich um „Ancestry“, eine Sammlung von 14 Kurzgeschichten; sowie um „From Manoa to Ponsonby Garden“, eine Sammlung von Gedichten über Wendts Zeit an der Universität von Manoa auf Hawai'i sowie in seinem Garten in Ponsonby (Auckland).

Die Buchvorstellung nahmen drei ehemalige Literaturstudentinnen von Wendt vor, alle drei inzwischen ebenfalls renommierte Schriftstellerinnen im pazifischen Raum: Dr. Selena Tusitala Marsh, Frau Karlo Mila und Frau Serie Barford. Die Frauen lasen Auszüge aus Wendts Büchern vor.

Info: Albert Wendt wurde 1939 in Apia (Samoa) geboren. Er ist weltweit einer der bekanntesten Autoren aus dem Pazifik und wurde für seine Bücher, Kurzgeschichten, Theaterstücke und Drehbücher mehrfach ausgezeichnet, u.a. 2001 mit dem neuseeländischen Verdienstorden und 2010 mit dem „Commonwealth Writer's Asia Pacific Region Prize“. Für sein wohl bekanntestes Werk „Leaves of the Banyan Tree“ erhielt Wendt 1979 den „New Zealand Book Award“. Wendt ist emeritierter Englischprofessor an der Universität von Auckland. Hier leitete er jahrelang den unter seiner Ägide eingerichteten Lehrstuhl für „Pacific Islands Studies“. Anfang dieses Jahres erhielt er in Samoa den *matai*-Titel „Maulaivao“ vom Dorf Malie auf Upolu. (*Samoa Observer* 18.09.12, <http://www.english.emory.edu/Bahri/Wendt.html>)

„Ekel-Fotos“ sollen Raucher abschrecken

Australien: Zum 1. Dezember hat die Regierung im Kampf gegen das Rauchen neue Verpackungsvorschriften für Zigarettenschachteln erlassen. Alle Schachteln müssen dann grün-bräunlich sein, eine Farbe, die nach Meinung von Marktforschern unappetitliche Assoziationen weckt und die die meisten Menschen als ab-

stoßend empfinden. Auf den Schachteln sind Farbfotos von eiternden Geschwüren, krebskranken Patienten und faulen Zähnen zu sehen. Unter diesen Fotos darf in kleiner Schrift der Markenname der Zigarettenfirma stehen.

Die Tabakkonzerne hatten im Sommer erfolglos gegen die Einführung der Ekel-Schachteln geklagt. In letzter Instanz hatten die Richter am 15. August die Klage der Tabakmultis abgewiesen. Die australische Regierung verfolgt seit Jahren eine strenge Anti-Raucher-Politik: In Kinos, Zeitschriften und auf Plakaten in der Außenwerbung ist Tabakwerbung schon seit Jahrzehnten verboten. In einigen Bundesstaaten ist sogar das Rauchen im eigenen Auto verboten, wenn Kinder mitfahren. An den Stränden in Sydney darf ebenfalls nicht geraucht werden. Die Gesetzeslage erlaubt sogar die Beschränkung auf Nichtraucher bei der Stellenausschreibung. Durch die strengen Gesetze hat Australien eine der niedrigsten Raucherraten der Welt: Nur 16% der Männer und 14% der Frauen rauchen überhaupt. Zum Vergleich: In Deutschland raucht fast ein Drittel aller Männer und gut 20% aller Frauen greifen zur Zigarette. Hier kostet eine Schachtel Zigaretten ca. 5,- €, in down under bezahlen die Nikotinsüchtigen mindestens 13 Euro pro Schachtel.

Rund 15.000 Australier sterben nachweislich jedes Jahr durch das Rauchen. Mit der Einführung der Ekel-Fotos auf den hässlichen Schachteln erhofft sich die Regierung nun einen weiteren Erfolg im Kampf gegen die Raucher. Gesundheitsexperten gehen so weit zu behaupten, dass das Rauchen in Australien in den nächsten zehn bis 15 Jahren ganz verboten werden könnte. Dann könnte man Zigaretten nur noch illegal auf dem Schwarzmarkt oder in Apotheken erwerben. (*Nürnberger Nachrichten*, 16.08.12, *Australien-Info Newsletter August 2012*)

Betelnuss-Verbot an Uni

Die beiden Ableger der "University of the South Pacific" (USP) auf den Marshallinseln haben zum 1. November ein Betelnuss-Verbot auf dem Universitätsgelände erlassen. Die Rektorin der Uni, Dr. Irene Taafaki, sagte, es handle sich um einen Entschluss der Hochschulkonferenz. Die Studierenden selber hätten auf das Verbot hingearbeitet, nicht nur wegen der unschönen roten Flecken auf dem Campus, sondern vor allem wegen der gesundheitlichen Gefahren des Betelnuss-Kauens wie etwa Zahnfäule und Mundkrebs.

Verstöße gegen das Verbot werden mit 25,- US-Dollar geahndet. Auf das neue Verbot machen farbige Plakate aufmerksam, die mit Sprüchen bekannter Persönlichkeiten zum Thema Drogenkonsum bedruckt sind. (*Marshall Islands Journal* 09.11.12)

Micronesian Festival

Guam: Der 25. „Guam Micronesia Island Fair“ fand vom 6. bis 7. Oktober im „Ypao Beach Park“ in der Stadt Tumon auf Guam statt. An dem dreitägigen Festival nahmen Tanz- und Musikgruppen aus vielen mikronesischen Staaten teil. So standen Delegationen aus Palau, Chuuk, Kosrae, Yap, Pohnpei und den Marshallinseln auf der Bühne im „Gov. J. Flores Memorial Park“. Auch in die USA ausgewanderte Mikronesier waren eigens zu dem Festival angereist. Auf einem großen „Markt der Möglichkeiten“ präsentierten sich Kunsthandwerker, es gab lokale Delikatessen sowie Workshops im Tanzen, Matten flechten und Schnitzen.

Besonders die auf Guam stationierten amerikanischen Soldaten nutzten das Festival, um die Kultur ihres derzeitigen Standortes näher kennenzulernen.

(<http://theguamguide.com/events/25th-guam-micronesia-island-fair>, *Pacific Daily News* 08.10.12)

Erfolg für Film-Festival

Guam: Das zweite "Guam International Film Festival" vom 27. bis zum 30. September ist nach Angaben der Organisatoren äußerst erfolgreich verlaufen. Rund 4.300 Besucher nahmen an der mehrtägigen Veranstaltung in den „Micronesia Mall Stadium Theatres“ teil. Sie konnten insgesamt 16 Filme sowie 31 Kurzfilme anschauen, darunter zehn Eigenproduktionen aus Guam. 19 Länder, darunter auch Japan, Amerika, die Schweiz und die Philippinen, waren mit ihren Filmen vertreten.

Die Organisatoren, das Brüderpaar Don und Kel Muna, konnte auch international anerkannte Regisseure als Gäste auf dem Festival begrüßen, darunter Kazuhiro Soda („Peace“) und Benito Bautista („Boundary“). Die Brüder Muna bedankten sich vor allem bei den Sponsoren, ohne die die Durchführung des Festivals gescheitert wäre. (*Pacific Daily News* 01.10.12)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Bianca Schütz

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Sydney Morning Herald • TahitiPresse • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

 **Mission EineWelt**
Forum für Partnerschaft, Solidarität und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Anmerkung der Redaktion: Die kirchlichen Nachrichten dieser Ausgabe wurden von Bianca Schütz geschrieben. Sie absolviert bei Mission EineWelt ein freiwilliges soziales Jahr.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Kirchen lehnen Kondome in Schulen ab

Die große Aufgabe, die nationale HIV/Aids-Politik in den Schulen von Papua-Neuguinea umzusetzen, trifft auf Widerspruch aller Kirchen. Diese befürchten, dass der Zugang zu Kondomen in Schulen die Zahl der sexuellen Aktivitäten ansteigen lässt. Der Widerstand ist vor allem in der autonomen Region Bougainville (ARB) sowie auf den Inseln Neuirland und Neubritannien zu spüren.

Die HIV/Aids-Politik für das nationale Bildungssystem 2012 bis 2016 befürwortet die Einführung von Kondomen in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Da HIV/Aids ein großes Problem im Land ist, vertritt das Bildungsministerium die Meinung, dass Prävention in Schulen stattfinden muss, da die Kinder so mit einer positiven Einstellung zu Verhütungsmethoden aufwachsen.

Kirchen und andere Interessensgruppen lehnen dies jedoch ab, da so ihrer Meinung nach die sexuellen Aktivitäten in der Schülerschaft gefördert werden könnten.

Fast 70% der Schulen in der Provinz East New Britain sind kirchliche Einrichtungen und somit gegen einen Kondomgebrauch an Schulen. Zudem befürchtet man, dass das Angebot von Kondomen zu mehr Schüler-Lehrer-Beziehungen sowie zu mehr Affären führt. Deshalb wollen die Pro-

vinzen nun nach anderen Lösungen suchen, um die Aids-Erkrankung zu minimieren. Ein großes Problem ist, dass nicht offen über das Thema Sex gesprochen wird, weshalb auch die Kirchen dem Thema reserviert gegenüberstehen. (*National 14.09.12*)

Kirchen arbeiten zusammen

Die Gutnius Lutheran Church of PNG (GLC-PNG) und die Lutheran Church Missouri Synod (LCMS) in Saint Louis, Missouri, USA, haben eine Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung unterzeichnet. Die Gutnius Lutheran Church wurde bei der Unterzeichnung im LCMS-Hauptquartier im amerikanischen Saint Louis von Bischof Nicodemus Aiyene und Generalsekretär Ezekiel Peter vertreten.

Die letzte Vereinbarung zwischen beiden Kirchen war 1996 aufgelöst worden, seither gab es nur lose Beziehungen zwischen den Gemeinschaften.

Aufgrund der neuen Vereinbarung besteht nun die Möglichkeit, Missionare aus der LCMS, Ressourcen, Finanzen und eine Vielzahl an Programmen und Projekten zur Unterstützung der GLC-PNG zu schicken.

Die Missouri Synod ist seit 1948 in Papua-Neuguinea vertreten, ihre Kirchenleitung ist in Wabag (Provinz Enga). (*National 28.09.12*)

ELC-PNG

LuShip-Angestellte drohen mit Kündigung

Über 100 Angestellte von Lutheran Shipping (LuShip) haben Anfang Oktober mit fristlosen Kündigungen gedroht, falls sich die Kirchenleitung nicht endlich um die seit Jahren beklagten Missstände des kirchlichen Unternehmens kümmern würde. Wiederholt hatten sie sich an den Leitenden Bi-

schof Giegere Wenge gewandt und gravierende Mängel im Management und bei sicherheitsrelevanten Wartungsarbeiten an den Schiffen angeprangert. Eine Reaktion aus der Kirchenleitung kam erst nach den massiven Kündigungsdrohungen: Nach wenigen Tagen wurde der Geschäftsführer Agua Nombri entlassen. (*The National 04.10.12, 15.10.12*)

Neue Dozenten am Martin-Luther-Seminar (MLS)

Bereits am 22. Juli wurden sieben Pfarrerinnen und Pfarrer in einem feierlichen Gottesdienst in ihr neues Amt als Dozenten am MLS eingeführt: Gigmai Okuk (Simbu), Gerry Sungga (Ukata), Rodney Dali (Madang), Samson Koi und Emmanuel Yalamu (beide Siassi), sowie Dorothee und Dr. Jürgen Stadler (Bayern). Im selben Gottesdienst wurden auch die Studenten verabschiedet und gesegnet, die ihr einjähriges Vikariat in einer Gemeinde der ELC-PNG antreten durften, darunter auch drei Studenten aus den Philippinen: Jason Dimaano, Godwinne Agcaoilil und Jelvert Almonia. (*Wantok Nr. 1981*)

Frauen helfen Frauen

Frauen des Boana-Distrikts haben 30 Nähmaschinen gekauft und sie an die Ehefrauen von Pfarrern und Evangelisten ihres Distriktes weitergegeben. Initiiert wurde die großzügige Unterstützung von sechs Frauen, die in Port Moresby arbeiten, ursprünglich aber aus dem Boana-Distrikt stammen. Ihre Sprecherin, Serah Rumbang, hob das überaus hohe ehrenamtliche Engagement der Ehefrauen von Pfarrern und Evangelisten in den Gemeinden hervor. Die Nähmaschinen seien dafür gedacht, den Lebensunterhalt der Pfarr- und Evangelistenfamilien zu unterstützen und ihnen zu helfen, ihr kleines Einkommen etwas aufzubessern. (*Wantok Nr. 1987*)

Lutherische Frauen-Konferenz in Bulolo

Die ELC-PNG veranstaltete vom 22. bis 29. September 2012 ihre traditionelle halbjährliche lutherische Frauen-Konferenz in Bulolo, Morobe Provinz.

Alle 19 Provinzen waren aufgerufen, Teilnehmerinnen zu entsenden. Diese wurden in der Sambio Grundschule und in der Baiune High School untergebracht. (*National 21.09.12*)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Bischof als neuer Leiter des Krankenhauses eingeführt

Der katholische Bischof der Wabag-Diözese, Bischof Arnold Orowae, wurde als neuer Vorstandsvorsitzender im Wabag Hospital gemeinsam mit acht weiteren Mitarbeitern eingeführt.

Der Bischof aus Enga soll das Vertrauen der Menschen in die Leitung des Krankenhauses wieder herstellen, da sich dieses aufgrund des Mangels an Ärzten, lebensrettenden Medikamenten und Equipment extrem verschlechtert hatte.

Das Wabag-Hospital soll spätestens ab 2015 komplett saniert werden. Ein Team amerikanischer Architekten, die auf Krankenhäuser spezialisiert sind, hat dazu die Pläne gezeichnet und einen Kostenvoranschlag in Höhe von 300 Millionen Kina erstellt. Die Provinz Enga hat sich bis dato mit 3 Millionen Kina an dem Umstrukturierungs- und Umbauprozess des Distriktkrankenhauses beteiligt. (*National 24.09.12*)

Malaysier spenden an katholische Nonnen

Die Nonnen des katholischen Ordens „St. Joseph Sisters“ erhielten Essensspenden von der „Ma-

laysian Association of PNG“ in Port Moresby.

Monatlich spendet die Organisation an gemeinnützige Einrichtungen, damit diese Menschen in Not unterstützen können. (*National 21.09.2012*)

Mitglieder drängen auf Unterstützung des Kirchenwachstums

Katholische Fachleute wurden bei einem Treffen ermutigt, das Wachstum der katholischen Kirchengemeinden zu unterstützen. Der Generalsekretär der katholischen Kirche wies darauf hin, dass die Menschen nicht auf den Bischof warten sollten, sondern die Möglichkeiten nutzen sollen, selbst den Zuwachs zu stärken. Laut Statistiken lag die Wachstumsrate 2005 bei 27 %. Im Vergleich dazu lag sie im Jahr 1966 bei 33 %. (*National 26.09.12*)

Sparmaßnahmen bei Gesundheitszentren

Tausende Menschen in Madang sind von den Kürzungen bei den Dienstleistern in den katholischen Gesundheitseinrichtungen betroffen.

Das Gesundheitsministerium zahlt den Angestellten seit über einen Monat keinen Lohn, weshalb die Zahl der Arbeiter stark reduziert werden musste. Betroffene Einrichtungen sind das Alexishafen Gesundheitszentrum, Mugil und Malala entlang der North Coast Road, Brahman in Bundi, Ariangon im Bogia Distrikt und Utu im Transgogol-Bezirk.

In ganz PNG unterhält die katholische Kirche etwa 20 Gesundheitsstationen. (*National 17.10.12*)

Neuer Funksender zur Verbreitung des Evangeliums

Das Radio ist ein wirkungsvolles Medium zur Evangelisation in PNG, da rund 70% der Bevölkerung Zugang zu dieser Informationsquelle hat.

In Burns Peak in Port Moresby steht ab sofort der neue Funksendemast des katholischen Senders „Radio Maria“. Der Sender wird in 64 Ländern in der ganzen Welt ausgestrahlt. Im Jahr 2007 wurde „Radio Maria“ in Papua-Neuguinea durch die Unterstützung der Regierung, der Zuhörer und der katholischen Kirche gegründet.

Der Funksender ist einer von neun anderen Sendemasten, die aus Mitteln der italienischen Regierung in Höhe von 900.000 Kina finanziert wurden. Die anderen noch fehlenden acht Sendestationen werden in anderen Regionen des Landes aufgestellt. Somit können die Menschen in Bereina, in den Goilala-Bergen und in Rigo in der Central Province den Radiosender hören. (*National 29.10.12*)

Kirche unterstützt Wunsch nach Armee-Hilfe

Der Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen, Father Victor Roche, unterstützt den Wunsch von Powes Parkop nach mehr Polizeikontrollen und Aufstockung des Sicherheitspersonals in der Hauptstadt Port Moresby. Parkop ist Gouverneur des „National Capital District“ und damit zuständig für die Sicherheit in der Stadt. Er wandte sich nun mit einem Hilferuf an die neuguineische Armee „PNG Defence Forces“ und bat um eine mindestens einjährige personelle Unterstützung bei der Bekämpfung von Verbrechen und der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in Port Moresby. Victor Roche schloss sich der Bitte Parkops an. In der letzten Zeit

habe es viele Schwerverbrechen wie Mord und Vergewaltigung gegeben und es sähe so aus, als ob die Polizei nicht genug Einsatz zeigte, um die Täter dingfest zu machen und zu bestrafen, beklagte Father Roche. (*The National* 16.10.12)

ANGLIKANISCHE KIRCHE

Hoher Besuch

Vom 20. bis zum 25. Oktober hat der Erzbischof von Canterbury Papua-Neuguinea besucht. Für Rowan Williams war es der erste Besuch in PNG und insgesamt erst der dritte Besuch eines Oberhauptes der Anglikanischen Kirche in diesem Pazifikstaat. Auf dem Programm standen Port Moresby, die Northern und die Milne Bay Provinz.

UNITED CHURCH

Neuer Moderator

Die United Church von PNG hat Rev. Bernard Siai auf ihrer 23. Generalversammlung in Alotau zu ihrem neuen Moderator gewählt. Siai übernimmt dieses Amt von seinem Vorgänger Rev. Sir Samson Lowa, der es die letzten 14 Jahre innehatte. Seine Antrittsrede stellte er unter das Motto „Fürchte Gott und diene ihm“. Er rief die Verantwortlichen der Kirche auf, nicht nach hohen Positionen zu trachten, sondern zusammenzuarbeiten und Gott und den Menschen zu dienen. (*Post Courier* 09.10.12)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Nathan Tome ist neuer Bischof

Salomonen: Die Diözese Guadalcanal der Anglikanischen Kirche Melanesiens bekommt erstmals einen eigenen Bischof: Rt. Rev. Nathan Tome. Gegenwärtig

ist Tome Bischof der Diözesen Banks und Torres in der Republik Vanuatu, die er seit 2001 betreut. Guadalcanal wird im Juni 2013 zu einer eigenen Diözese erhoben mit Tome als ihrem künftigen ersten Bischof. Bischof Tome hat am Pacific Theological College (PTC) in Fidschi studiert, ist verheiratet und hat sechs Kinder. (*The Anglican Church of Melanesia, „Events and Happenings“*, 24.09.12)

Neue Ahmaddiya Moschee

Marshallinseln: Die kleine Gemeinschaft der Ahmaddiya Muslime auf den Marshallinseln feierte die Eröffnung einer eigenen Moschee. Die Ahmaddiya Gemeinschaft wurde Ende des 19. Jahrhunderts in Indien gegründet, aber in verschiedenen islamischen Ländern verfolgt, so dass die Anhänger fliehen mussten und sich in verschiedenen Regionen der Welt wieder ansiedelten. (*ABC Radio Australia*, 24.09.12)

Kirchenführer nach Missbrauchsskandal verurteilt

Fidschi: Der Vorsitzende der *All Nations Church* in Fidschi, Pfarrer Epeli Ratabacaca, ist Anfang November in Suva zu zwei Jahren Haft aufgrund gewalttätiger sexueller Übergriffe verurteilt worden. Ihm wurden ein Fall von Körperverletzung und zwei Fälle von Vergewaltigung vorgeworfen. Unter anderem soll er eine Frau in einem Spa belästigt und anschließend vergewaltigt haben, die sich heute aufgrund eines Traumas in medizinischer Behandlung befindet. Da einer der Richter für einen Freispruch plädierte, fiel das abschließende Urteil nicht einstimmig aus. Die Höchststrafe für die Ratabacaca zur Last gelegten Verbrechen beträgt in Fidschi zehn Jahre Gefängnis. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business* 08.11.12, *Radio New Zealand International* 13.11.12)

IN EIGENER SACHE

Spendenaufwurf für die Pazifik-Arbeit

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi, Tahiti und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende (Spendenkonto bei der EKK, BLZ 520 604 10, Konto 10 11111) unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partnerländer.

Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsabschnitt. Ein Überweisungsträger liegt dieser Ausgabe bei.